

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2024



Kabinett beschließt „angebliche“ Verbesserung für SED-Opfer

Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer vor 63 Jahren

Sächsischer Härtefallfonds für SED-Opfer

Unschuldig in den Gulag verbannt

Inhalt

Aktuell

- 3 Beratungen des Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt und der Sächsischen Landesbeauftragten Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock Jahresabschlussveranstaltung VOS Chemnitz
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart
- 5 35 Jahre Friedliche Revolution 1989/90 in Potsdam Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
- 6 Tagung „1989 – Mit der Revolution in die Zukunft“ Filmvorführung „Leipzig im Herbst“ Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis
- 7 Förderprogramm „JUGEND erinnert“ Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.
- 8 Stiftung Berliner Mauer

Aufarbeitung

- 8 Kabinett beschließt „angebliche“ Verbesserung für SED-Opfer Sächsischer Härtefallfonds für SED-Opfer
- 9 Ein Podcast über DDR-Unrecht und Aufarbeitung

Berichte

- 9 Gedenkstätte Leistikowstraße erinnerte an die Inhaftierten des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses
- 10 COLD CASE – MASSEGRÄBER 1945 des NKWD-Lagers in Tost/Oberschlesien
- 11 Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck – zwei Tage im Juli 2024 und JETZT?
- 12 Alles andere als Monopoly – Geschichtsvermittlung als Spiel auf der Bühne
- 13 Brandenburg erinnerte an Mauerbau vor 63 Jahren
- 14 Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. Mauerbau vor 63 Jahren
- 15 Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer vor 63 Jahren
- 16 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 17 BdV-Landesvorsitzender erhielt Ehrendoktorwürde

Geschichte

- 17 Unschuldig in den Gulag verbannt
- 19 85. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August 2024

Verbände

- 20 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V. Nachruf auf Christa Annemarie Ladendorf

Service/Bücher

- 21 Biografie über Brigitte Reimann Stellenausschreibung Gedenkbibliothek
- 22 Traumaberatung in Sachsen
- 23 Der Egon aus Hinterpommern Stellungnahmen und Erfahrungsberichte zur Novellierung der Entschädigung für DDR-Opfer

Umschlagbild

Berlin im Juli 2008 am Checkpoint Charlie Friedrichstraße/Ecke Zimmerstraße – Symbol der Diktatur.
Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

Auf Spurensuche in Tost. In Tost, heute oberschlesische Stadt in der Gemeinde Tost in der Woiwodschaft Schlesien in Polen, hatte das sowjetische Militär unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu 5.000 Deutsche interniert, von denen binnen weniger Monate nach Schätzungen zwischen 3.000 und 3.500 Menschen starben. Sie wurden in einer Sandgrube auf dem Gelände verscharrt. Dann folgte die Zeit des Verschweigens und damit des Vergessens. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs konnte das Schweigen endlich gebrochen werden, und unser Mitglied Sybille Krägel aus Hamburg begab sich auf Spurensuche in Tost. Sie suchte unter anderem auch nach ihrem Vater, der dort ebenfalls zu Tode kam und verscharrt wurde. Mittlerweile gibt es eine kleine Gedenkstätte. Die Namen der rechtlos Inhaftierten und Toten sind inzwischen bekannt, aber über der ehemaligen Sandgrube mit den sterblichen Überresten der Menschen wurden später Abraumkohle und Müll abgelagert, die Flächen teilweise zubetoniert.

Heute befindet sich dort ein Logistikzentrum. Die Eigentumsverhältnisse der vorherigen Firma waren kompliziert. Auch die bis vor wenigen Monaten politischen Verhältnisse in Polen, die nicht durch besondere Deutschfreundlichkeit gekennzeichnet waren, haben zunächst weitere Erkundungen erschwert. Mit Geschick und Mühe hatten wir dennoch vor wenigen Wochen, begleitet durch den Bürgermeister von Tost, Vertretern der deutschen Botschaft und Freunden, die Gelegenheit, Zugang zum Gelände zu bekommen. Wir haben nunmehr die Möglichkeit, gemein-

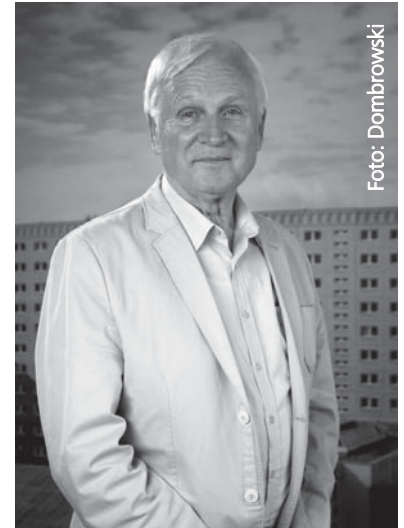


Foto: Dombrowski

sam mit der Unterstützung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, auf dem Gelände Untersuchungen mit einem Georadar vorzunehmen. Dies leisten die Freunde und Mitarbeiter der Kriegsgräberfürsorge ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Sybille Krägel, die übrigens seit Jahren Ehrenbürger der polnische Stadt Tost ist, kann nun wie viele andere in berechtigter Hoffnung sein, ein Kapitel der Ungewissheit möglicherweise zu beenden. Auch dies sind Aufgaben, die wir als UOKG wahrnehmen, wenn Mitglieder und Mitgliedsverbände in ihrer Arbeit Unterstützung brauchen. Daher heute erneut meine Bitte: Wenn Sie diese Arbeit unterstützen möchten, können Sie das sehr gerne auch durch eine Spende tun.

Blieben Sie aufrecht und gesund!

Ihr Dieter Dombrowski

Hinweis: KWD-Lager Tost/Oberschlesien (heute Toszek/Polen):
<https://www.stsg.de/cms/dokstelle/tost>.

Beratungsinitiative der Sächsischen Landesbeauftragten im Herbst 2024

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bietet im Herbst 2024 in Kooperation mit den regionalen Stasi-Unterlagen-Archiven sowie der Diakonie Sachsen wieder regionale Bürgersprechstunden zur Rehabilitierung von SED-Unrecht an. Den Auftakt bildet die Bürgersprechstunde am 19. September 2024 in Werdau bei Zwickau. In neun weiteren sächsischen Städten und Gemeinden finden bis Dezember Vor-Ort-Beratungen statt, bei denen sich Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten der Rehabilitierung und Entschädigung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen informieren können. Die Berater Utz Rachowski und Maximilian Heidrich erklären etwa die Reha-Gesetze, den Sächsischen Härtefallfonds für SED-Opfer und beantworten Fragen zur „Opferpension“ – einer monatlichen Zuwendung für ehemalige Haftopfer. Außerdem besteht die Möglichkeit, Stasi-Akten-Einsicht zu beantragen.

Beratungstermine in Sachsen:

19.09.2024, Werdau bei Zwickau, Rathaus (Markt 10-18, 08412 Werdau b. Zwickau), 09.00 bis 17.00 Uhr

24.09.2024, Oelsnitz im Vogtland, Stadtverwaltung (Markt 1, 08606 Oelsnitz i.V.), 09.00 bis 17.00 Uhr

25.09.2024, Auerbach im Vogtland, Stadtarchiv (Bahnhofstraße 1, 08209 Auerbach i.V.), 09.00 bis 17.00 Uhr

30.09.2024, Niesky, „direkt ansprechbar“ (Muskauer Straße 5, 02906 Niesky), 09.00 bis 17.00 Uhr

01.10.2024, Reichenbach/ Oberlausitz, Rathaus (Görlitzer Straße 4, 02894 Reichenbach/ O.L.), 09.00 bis 17.00 Uhr

15.10.2024, Chemnitz, Diakoniezentrum/Lebensberatungsstelle (Rembrandtstraße 13b, 09111 Chemnitz), 09.00 bis 17.00 Uhr

17.10.2024, Rochlitz, Rathaus (Markt 1, 09306 Rochlitz), 09.00 bis 16.00 Uhr

22.10.2024, Schkeuditz, Kolonnade (Rathausplatz 3, 04435 Schkeuditz), 09.00 bis 17.00 Uhr

21.10.2024, Zittau, Rathaus (Markt 1, 02763 Zittau), 09.00 bis 15.00 Uhr

24.10.2024, Mügeln, Rathaus (Markt 1, 04769 Mügeln), 09.00 bis 16.00 Uhr

Es ist keine vorherige Terminvereinbarung erforderlich. Telefonische Anfragen können während der

Sprechzeit unter der in der Terminübersicht angegebenen Telefonnummer gestellt werden. Unabhängig von der regionalen Vor-Ort-Beratung kann auch direkt bei der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter 0351 – 493 3700 oder lasd@slt.sachsen.de ein Beratungstermin vereinbart werden.

Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Tel.: +49 (0)351 493 3700
Fax: +49 (0)351 451031 3709
www.lasd.landtag.sachsen.de

Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt **Magdeburg** finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags von 14.00 bis 17.00 Uhr statt. Weitere Beratungstermine in Sachsen-Anhalt unter Telefon 0391/5 60-15 05 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich. Eine Anmeldung ist erforderlich. 

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Rostock

Donnerstag, 19. September 2024, 15.00 Uhr

Donnerstag, 07. November 2024, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung: Rostock geheim!

Stasi-Stadt-Rundgang mit Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock),

Start: vor dem „Rostocker Hof“

Kröpeliner Straße 26, 18055 Rostock

Max. 25 Teilnehmende; Dauer ca. 2 Stunden

Dienstag, 01. Oktober 2024, 13.00–17.00 Uhr

Dienstag, 05. November 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock

(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Mittwoch, 06. November 2024, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung. Einer Diktatur auf der Spur Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv Bundesarchiv

Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock

Straße der Demokratie 2, 18196 Waldeck-Dummerstorf

Donnerstag, 12. November 2024, 18.00 Uhr

Podiumsgespräch: Zeitenwende vor 35 Jahren. Die Friedliche Revolution in der DDR 1989. Was war – was bleibt?

Podiumsgespräch mit Anne Lange und Johann Georg Jaeger, Moderation: Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock) incl. Präsentation von Fotos von/mit Reinhard Kramer: „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution in Rostock 1989/90“. Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock

(in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Straße der Demokratie 2, 18196 Waldeck/Dummerstorf

Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock 

Jahresabschlussveranstaltung VOS Chemnitz

Samstag, dem 30. November 2024, um 10 Uhr in der Ratsstube am Johannisplatz 1 in 09111 Chemnitz (Empfang ab 09.30 Uhr). Wir wollen auf 2024 Rückblick nehmen und freuen uns auf das Wiedersehen.

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 30. Oktober 2024, 11.00 Uhr

Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“

Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.

Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.

Plakatausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zu fünf Themenbereichen und fünf Einzelschicksalen.

Wechselausstellungen

01. Oktober bis 31. Dezember 2024

Titel: Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit.

Modulare Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zur Tätigkeit der DDR – Staatssicherheit in den Regionen

05. Januar bis 31. Dezember 2024

Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur.

Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mählert und Dr. Stefan Wolle

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr

Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr

Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Telefon: 0341 - 2247-3211

Fax: 0341 - 2247-3219

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 01. Oktober 2024,

18.00 Uhr

Stephan Krawczyk, der bekannte DDR-Oppositionelle stellt sein vom Stasimuseum Berlin herausgegebenes Buch mit Zeitzeugenberichten vor: Gelöste Stimmen. Berichte vom Widerstehen in der DDR.

In diesem Buch kommen jene zu Wort, die sich über Jahrzehnte dem Zugriff des SED-Staates entzogen, die „aus der Reihe tanzten“, Sand waren im Räderwerk der Diktatur. Ihre Geschichten sind kaum bekannt, obwohl ihr Handeln den Herrschenden ein permanentes diffuses

Gefühl der Unsicherheit vermittelte. Der Detailreichtum der Berichte sowie die Eindringlichkeit sind erschütternd und aufklärend zugleich. Die Texte handeln vom Eingesperrtsein, von Angst und Einsamkeit, Ungewissheit und Hoffnung und vom Mut zum Widerstand, sich nicht brechen zu lassen, die eigene Würde auch unter widrigen Umständen zu wahren. Zu Wort kommen u.a.: Hans-Eberhard Zahn, Jörg Drieselmann und Bernd Lippmann.

Projektförderung: Berliner

Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Öffnungszeiten:

Montag–Donnerstag, 10.00 – 18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei: Deutsche Bank
DE38 1007 0848 0624 1822 00,
BIC: DEUTDEB110

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart

Vom 13. bis 15. Februar 2024 veranstalten die Stiftung Humboldt Forum und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein gemeinsames Symposium, das die Ausstellung „Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart“ und das dazugehörige Programm abschließen wird.

Wir laden Forscherinnen und Forscher, Initiativen und Institutionen, Nachdenkliche und Kreative dazu ein, uns ihre Erfahrungen, Erkenntnisse, Visionen und Ideen zu einem (staats-)politisch aufgeladenen Ort in den ostdeutschen Bundesländern mitzuteilen. Insbesondere interessieren wir uns für Orte, deren Denkmalwert ungenügend erscheint, die durch ihre Identifi-

kation mit der DDR belastet wirken oder aus anderen Gründen prekär geworden sind und denen eine neue Bedeutung zugeschrieben wurde oder wird. Die ausgewählten Vorschläge werden im Rahmen unseres Symposiums am 13.-15. Februar 2025 im Humboldt Forum vorgestellt und diskutiert. Einsendeschluss ist der 11. Oktober 2024.

Den ausführlichen Call for Papers und weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/symposium-gefaehrlich-gefaehrdet>.

Bei Fragen können Sie sich gerne an Dr. Judith Prokasky vom Programmteam „Der Palast der Republik ist Gegenwart“

wenden: palastderrepublik@humboldtforum.org.

Unsere aktuelle Ausstellung „Friedliche Revolution und Deutsche Einheit kompakt“: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/friedliche-revolution-deutsche-einheit-kompakt>

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Kronenstraße 5
10117 Berlin

Telefon: +49 (30) 31 98 95-0

Fax: +49 (30) 31 98 95-210

E-Mail: [buero@bundesstiftung-](mailto:buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de)

aufarbeitung.de | Internet: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de |

[facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung](https://www.facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung)

Bundesstiftung Aufarbeitung



35 Jahre Friedliche Revolution 1989/90 in Potsdam

Bildungsprogramm der Gedenkstätte Lindenstraße zum Jubiläum

Herbst 1989 beendete die Friedliche Revolution in der DDR die mehr als vierzigjährige Diktatur der SED. Zum 35-jährigen Jubiläum stehen in den kommenden Monaten zahlreiche demokratiegeschichtliche Höhepunkte an. Mit einem besonderen Bildungsprogramm möchte die Gedenkstätte Lindenstraße an einige wichtige Entwicklungen erinnern:

Die Großdemonstrationen, wie am 04. November 1989 in Potsdam, auf denen tausende Menschen für ihre Freiheit auf die Straße gingen. Der Mauerfall am 09. November 1989, die Öffnung des Grenzübergangs an der Glienicker Brücke am Folgetag und das Ende des gewaltvollen Grenzregimes. Die Besetzung von Gebäuden des Ministeriums für Staatssicherheit, durch die Bürger ab dem 05. Dezember 1989 wichtige Dokumente und Beweismittel vor der Vernichtung retteten. Die ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen am 17. März 1990, die für den Bezirk Potsdam nicht zuletzt im neuen „Haus der Demokratie“ in der Lindenstraße vorbereitet wurden.

Mit Kunstworkshops, Sonderführungen und Zeitzeugengesprächen soll den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sowie allen Interessierten, die Bedeutung des Datums und der Werte der Friedlichen Revolution, allen voran Freiheit und Demokratie, die auch heute wieder zunehmend an Aktualität und Relevanz gewinnen, nahegebracht werden. Um Lehrer und andere Multiplikator bei der Vermittlung dieses wichtigen Themas zu unterstützen, bietet die Gedenkstätte gemeinsam mit der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) darüber hinaus eine Lehrkräftefortbildung an.

Kunstworkshop: Passt mir nicht!

Politische Plakate von Jugendlichen
Zielgruppe: Jugendliche und Heranwachsende zwischen

14 und 21 Jahren

Termine: 09., 10., 11., 16. und 17. Oktober

Dauer: jeweils 10.00 bis 15.00 Uhr

Preis: kostenfrei

Sonderführung: Stasi raus! ... und dann?

Repression, Opposition und Demokratisierung in den 1980er Jahren

Zielgruppe: alle Interessierten

Termine: nach Vereinbarung

Dauer: 60 bis 90 Minuten

Preis: für Schulklassen kostenfrei;

für Erwachsenengruppen

je 20 Personen 100 Euro,

ermäßigt 80 Euro

Zeitzeugengespräche:

Gespräche mit Akteur der Friedlichen Revolution und der Transformationszeit Die persönliche Perspektive einer/s Zeitzeugen bietet einen besonderen Zugang zur Geschichte. Um insbesondere jungen Menschen ein besseres Verständnis der Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten oppositioneller Bürger in der DDR zu vermitteln, bieten wir Gespräche mit Akteuren der Friedlichen Revolution und der Transformationszeit an.

Zielgruppe: alle Interessierten

Termine: nach Vereinbarung

Dauer: 60 bis 90 Minuten

Preis: für Schulklassen kostenfrei;

für Erwachsenengruppen

je 20 Personen 100 Euro,

ermäßigt 80 Euro

Lehrkräftefortbildung:

„Demokratie – jetzt oder nie!“ Zeitzeugengespräche im Unterricht am Beispiel der Friedlichen Revolution 1989/90. Die Fortbildung als

Kooperation zwischen der Gedenkstätte Lindenstraße und der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) soll Lehrkräften Ansätze bieten, die Friedliche Revolution 1989/90 für den Unterricht in unterschiedlichen Klassenstufen zu erschließen. Anhand eines Zeitzeugeninterviews mit einem Akteur der Transformationszeit können sie darüber hinaus ihre methodischen Kenntnisse zur Führung, Vor- und Nachbereitung von Zeitzeugengesprächen erweitern. Die Fortbildung bietet außerdem einen Raum für den Erfahrungsaustausch zwischen Lehrkräften und außerschulischen Vermittlern der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße und der LAKD.

Zielgruppe: Lehrkräfte Sekundarstufe I und II sowie Multiplikatoren

Termin: 27. September

Dauer: 10.00 bis 15.00 Uhr

Preis: kostenfrei

Öffentlicher Plakatworkshop:

„Halte die Freiheit hoch!“ Workshop zu 35 Jahren Mauerfall in Kooperation mit der Kulturprojekte Berlin GmbH. Im Rahmen des Tags der offenen Tür der Gedenkstätte Lindenstraße bietet die Gedenkstätte Lindenstraße die Möglichkeit, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Weitere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Website des Projekts: 35 Jahre Mauerfall und Friedliche Revolution (kulturprojekte.berlin)

Zielgruppe: alle Interessierten

Termin: 03. Oktober

Dauer: 11.00 bis 16.00 Uhr

Preis: kostenfrei

Anmeldungen und Rückfragen

zum Bildungsprogramm oder

einzelnen Veranstaltungen richten

Sie bitte an: [\[gedenkstaette-lindenstrasse.de\]\(mailto:bildung@gedenkstaette-lindenstrasse.de\)** !\[\]\(102b5d74094c76021cc1eb5c235af37d_img.jpg\)](mailto:bildung@</p>
</div>
<div data-bbox=)**

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

07. Oktober 2024, 14.00 Uhr

Ort: Graffiti-Mauer, Neustrelitzer Straße 120, 17033 Neubrandenburg

Einweihung einer Gedenktafel für die Opfer der SED-Diktatur

05. November 2024, 17.00 Uhr, Einlass ab 16.30 Uhr

Ort: Latücht, Große Krauthöferstraße 16, 17033 Neubrandenburg

Vortrag: Dr. Karl-Heinz Bomberg

Thema: Was Menschen Menschen antun. Retraumatisierung politisch Verfolgter der DDR. Karl-Heinz Bomberg ist ein deutscher Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie sowie Anästhesie und Intensivmedizin. Er arbeitet als Psychoanalytiker in eigener Praxis, ist Dozent, Lehranalytiker und Supervisor der Arbeitsgemeinschaft für Psychoanalyse und Psychotherapie Berlin. Er ist zudem als Liedermacher und Autor tätig.

Tagung „1989 – Mit der Revolution in die Zukunft“

Im Jahr 2024 realisieren die Deutsche Gesellschaft e. V. und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Tagung unter dem Titel „1989 – Mit der Revolution in die Zukunft“. Die Veranstaltung widmet sich wenig bekannten Aspekten der Friedlichen Revolution: Im Mittelpunkt stehen (trans-)nationale und interkulturelle Perspektiven, der (un-)friedliche Charakter der Revolution sowie ihre Impulse für unsere demokratische Gegenwart.

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5, 10117 Berlin
Zeit: 09. Oktober 2024, 10.00–16.00 Uhr (ab 16.00 Uhr kleiner Empfang)

Es wirken u. a. mit: Libuše Černá, Leiterin von globale° – Festival für grenzüberschreitende Literatur; Katarina Peranić, Gründungsvorständin der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt; Svetlana Müller, Vorstandsvorsitzen-

de von PANDA platforma e. V.; Ayman Qasarwa, Geschäftsführer des Dachverbandes der Migrantenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst e. V.; Prof. Dr. Martin Sabrow, Sprecher des Leibniz-Forschungsverbundes „Wert der Vergangenheit“ und Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; Tanja Samrotzki, Journalistin und Moderatorin; Dr. Jan Schönfelder, Autor, Historiker und Journalist; Valerie Schönián, Autorin und Journalistin.

Die Veranstaltung findet in Präsenz statt und wird auf dem YouTube-Kanal der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ergänzend live im Internet übertragen. **Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 07. Oktober 2024 gebeten** (an: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de).

Ausführliche Informationen: <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/>

[1800-2024-tagung-1989-mit-der-revolution-in-die-zukunft.html](https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1800-2024-tagung-1989-mit-der-revolution-in-die-zukunft.html)

Begleitend zur Tagung findet im Jahr 2024 eine 4-teilige Diskussionsreihe unter dem Titel „Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949 – 1989 – 2024“ statt, die im Jahr 2025 mit 4 weiteren Veranstaltungen fortgesetzt wird.

Ansprechpartnerin:

Deutsche Gesellschaft e. V.
Dr. Heike Tuchscheerer
Referentin Politik & Geschichte
Tel.: 030 88412-254
E-Mail: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de
Mauerstraße 83/84
D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 412 254
Fax: +49 (0)30 88 412 223
Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de | Facebook: www.facebook.com/Dt-Gesellschaft | Twitter: www.twitter.com/dtgesellschaft

Filmvorführung „Leipzig im Herbst“

Im Jahr 2024 realisieren die Deutsche Gesellschaft e. V. und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter dem Titel „Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949-1989-2024“ eine vierteilige Diskussionsreihe. 75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution lädt die Reihe dazu ein, vergangene Zukünfte zu erkunden: Welche politischen und gesellschaftlichen Ideen waren mit den Aufbruchsmomenten 1949 und 1989 verbunden? Welche Sehnsüchte weckten sie bei den Menschen in Ost und West? Welche Prognosen haben sich erfüllt, welche sind längst überholt? Und inwiefern prägen unerfüllte Erwartungen und enttäuschte

Hoffnungen unsere Gegenwart? In Diskussionsrunden, Lesungen und Filmabenden wollen wir mit Zukunftsforscherinnen und Zukunftsforschern, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Expertinnen und Experten aus Gesellschaft, Politik und Kultur zukunftsweisende Antworten auf die Fragen unserer Gegenwart finden.

Am 17. September 2024 (ab 18.00 Uhr) laden wir Sie herzlich zur vierten Veranstaltung (Filmvorführung „Leipzig im Herbst“, Gerd Kroske, Andreas Voigt, DDR 1989, mit Gespräch) zum Thema „Zukunft erkämpfen: Proteste fürs ‚Morgen‘“ (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin) ein.

Es wirken mit: Knut Elstermann, Filmjournalist; Gerd Kroske, Autor, Regisseur und Filmproduzent; Dr. Katrin Hattenhauer, Künstlerin und DDR-Bürgerrechtlerin. Im Anschluss an die Veranstaltung laden wir bei einem kleinen Umtrunk zu weiteren Gesprächen über die Zukunft.

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Kontaktadresse für Fragen und Kommentare: zukunft@deutsche-gesellschaft-ev.de

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/diskussionsreihen/1801-2024-diskussionsreihe-zurueck-in-die-zukunft.html>

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

Am Mittwoch, den 21. August 2024, öffnete die Gedenkstätte wieder ihre Pforten. Ab dann gelten für unseren Lernort mit Dauerausstellung wieder die regulären Öffnungszeiten, Mittwoch bis Sonntag, jeweils 10.00 bis 17.00 Uhr. Für Ihre Rückfragen sind wir jederzeit sehr gerne erreichbar.

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.
Kaßbergstraße 16 c, 09112 Chemnitz | Tel.: 0371 5248 6884 | Fax: 0371 5248 6881
<https://gedenkort-kassberg.de/> | info@gedenkort-kassberg.de
Facebook neu: <https://www.facebook.com/lernortkassberg>
Instagram: https://www.instagram.com/lernort_kassberg/

Förderprogramm „JUGEND erinnert“

Bund stärkt Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Förderprogramm „JUGEND erinnert“ – Claudia Roth: „Aufarbeitung des SED-Unrechts bleibt zentral für deutsche Erinnerungskultur“.

Kulturstaatsministerin Claudia Roth erklärt: „Auch fast 35 Jahre nach dem Fall der Mauer bleibt die konsequente Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren bis heute andauernden Folgen zentral für die deutsche Erinnerungskultur und unser Selbstverständnis. Die dauerhafte Wissensvermittlung sowie das Gedenken und die Erinnerung an die Opfer staatlicher Repression in der DDR sind dabei von großer Bedeutung. In einer Zeit, in der Populismus und antidemokratische Tendenzen an Einfluss gewinnen, kann die aktive Beschäftigung mit den Strukturen und Mechanismen einer Diktatur gerade jungen Menschen aber auch den Wert von Demokratie und Menschenrechten vermitteln. Deshalb freue ich mich, dass wir nach der außerordentlich erfolgreichen ersten Förderrunde das Programm fortsetzen können und rechnen wieder mit innovativen, spannenden und vielfältigen Projektideen.“

Umgesetzt wird das Förderprogramm durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Dazu Dr. Anna


Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung: „Gerade angesichts der besorgniserregenden Ergebnisse der Europawahlen bei jungen Menschen ist es wichtiger denn je, der Verharmlosung autoritärer Regime entgegenzuwirken und das Demokratieverständnis zu stärken. ‚Jugend erinnert‘ trägt wesentlich zur historisch-politischen Bildung bei. Die Projekte befähigen junge Menschen dazu, sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und zugleich die Werte einer demokratischen Gesellschaft zu verinnerlichen. Im besten Fall trägt das Programm dazu bei, dass sie sich als informierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger für Demokratie, Freiheit und Toleranz einsetzen.“

Projektanträge zur neuen Förderrunde können bis zum 16. Dezember 2024 eingereicht werden. Möglich ist eine Projektlaufzeit von bis zu drei Jahren, maximal bis zum 30. Juni 2028. Je Projekt können Fördermittel in Höhe von 40.000 bis 200.000 Euro beantragt werden. Das Programm richtet sich an Einrichtungen

zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, aber auch an Bildungsträger, Kultureinrichtungen oder Jugendorganisationen. Das Programm soll eine breite Zielgruppe ansprechen und damit auch diejenigen erreichen, die bislang keinen oder wenig Zugang zu Angeboten der historisch-politischen Bildung gefunden haben.

Die Auswahl der Projekte, die gefördert werden sollen, wird auf den Empfehlungen einer Jury basieren. Ihr gehören Zeitzeugen sowie Vertreter aus Wissenschaft, Gedenkstätten und Jugendorganisationen an. In der ersten Förderrunde von 2021 bis Ende 2023 wurden insgesamt 48 Projekte im ganzen Bundesgebiet gefördert.

Weitere Informationen und Förderanträge finden Sie hier: www.jugend-erinnert.de

Ansprechpartner bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Thomas Adam, E-Mail: jugenderinnert@bundesstiftung-aufarbeitung.de Telefon: 030-31 98 95-332. 

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

„Hertha und Union – eine Nation“ als Provokation der Staatsmacht: Menschenrechtszentrum eröffnet Ausstellung über DDR-Fußballfans im Blick von Stasi und Volkspolizei.

Das Menschenrechtszentrum Cottbus zeigt seit dem 21. August 2024 die Ausstellung „Im Objektiv der Staatsmacht: Fußballfans im Blick von Stasi und Volkspolizei“. Die Outdoor-Ausstellung auf dem Gelände des ehemaligen Zuchthaus beleuchtet die systematische Überwachung und Kontrolle von Fußballfans in der DDR durch die Stasi und die Volkspolizei. Gezeigt werden 18 großformatige Tafeln mit historischen Fotos, Dokumenten und Zeitzeugenberichten, die den Alltag und die Repressionen gegen die Fanszene in der DDR dokumentieren.

Heide Schinowsky, Geschäftsführerin des Menschenrechtszentrums Cottbus, betont: „Die Ausstellung zeigt eindrücklich, wie tief die Überwachung in alle Bereiche des Lebens eindrang, selbst in die vermeintlich unpolitische Welt des Fußballs. Sie ist


eine wichtige Mahnung vor den Gefahren staatlicher Willkür und verdeutlicht den Wert unserer heutigen Freiheiten.“

Ins Visier der Staatsmacht gerieten Fußballanhänger aus verschiedenen Gründen: aufgrund regimekritischer Parolen; aber auch die vermeintliche Imitation westlicher Stadionkultur mit Kutten und Sprechgesängen bot Anlass zu Beobachtung und Verfolgung. Zudem gab es „Delikte“, die nur in DDR-Stadien existierten: Sympathiebekundungen gegenüber bundesdeutschen Vereinen und Spielern wurden regelmäßig erfasst. Denn Grüße an den FC Bayern oder die DFB-Elf entsprachen nicht der parteioffiziellen „Abgrenzung“ vom westdeutschen „Klassenfeind“. Der Ruf „Hertha und Union – eine Nation“ galt als Provokation der Staatsmacht, erklärt der Historiker Dr. René Wiese, Kurator der Ausstellung.

Die Ausstellung ist bis zum 15. November 2024 zu sehen und richtet sich an alle, die sich für die jüngere deutsche Geschichte und die Mechanismen staatlicher Kont-

rolle und Repression interessieren. Besucherinnen und Besucher sind eingeladen, sich während der regulären Öffnungszeiten von Dienstag bis Freitag, 10.00 bis 17.00 Uhr und am Wochenende von 13.00 bis 18.00 Uhr selbst ein Bild von dieser beeindruckenden Dokumentation zu machen. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung des Zentrums deutsche Sportgeschichte e. V., der Ausstellungsagentur exhibeo und des Menschenrechtszentrums Cottbus e. V. ist in Kooperation mit der Universität Potsdam, dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt, dem Deutschen Rundfunkarchiv und Zeitzeugen TV entstanden. Sie wird gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der DFB-Kulturstiftung. Förderer der Präsentation in Cottbus ist die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.

Mehr Informationen: https://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/presse-download/hintergrund_ausstellung_fussball.pdf 

Stiftung Berliner Mauer

Sonderprogramm zum 35. Jahrestag des Mauerfalls – Revolution erinnern, Demokratie gestalten. Das mobile Erinnerungslabor ist an zahlreichen Orten in der Stadt vom 08. Oktober – 09. November 2024 unterwegs. Im Fokus des Sonderprogramms zum 35. Jahrestag des Mauerfalls in diesem Jahr steht die internationale Dimensionen der Umbrüche 1989 und die Vielfalt der Perspektiven auf den Mauerfall und die anschließende Transformationszeit. Wir laden Sie schon jetzt herzlich ein, dabei zu sein!

Bereits ab dem 03. Oktober sind wir mit dem mobilen Erinnerungslabor in der

Stadt unterwegs und sammeln Ihre Eindrücke. Auch sonst gibt es in den nächsten Wochen viel zu entdecken: Wir erinnern an den 60. Jahrestag des Tunnel 57 und schon am 08. September erwartet Sie zum Tag des offenen Denkmals ein Sonderführungsprogramm an unseren historischen Orten. Am Checkpoint Charlie können Sie Ihre Ideen für den historischen Ort beitragen und zum Bürgerfest am Tag der Deutschen Einheit ist die Stiftung Berliner Mauer zu Gast in Schwerin.

Im 35. Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer tourt das East Side Gallery-Fahrrad

durch die Stadt und sammelt die Erinnerungen der Berlinerinnen und Berliner: Wie war Ihr 09. November 1989? Was erlebten Sie in den 1990er Jahren? Welche Botschaft geht von 1989 aus für heute? Am East Side Gallery-Fahrrad können Erinnerungen in kurzen Videobotschaften aufgenommen werden.

Das Sonderprogramm wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Alle Veranstaltungen unter stiftung-berliner-mauer.de/35jahremauerfall.

Stiftung Berliner Mauer
Bernauer Straße 111, 13355 Berlin
Telefon: +49 (0)30 213085-122
E-Mail: info@stiftung-berliner-mauer.de

Kabinett beschließt „angebliche“ Verbesserung für SED-Opfer

Die vom Kabinett beschlossene Gesetzesvorlage aus dem Bundesministerium der Justiz kann nicht so bleiben wie sie jetzt ist!

Dazu Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG: „Der Gesetzesentwurf in der jetzt vorliegenden Fassung ist ein Hohn zu Lasten der SED-Op-

fer. Abgesehen von der zu begrüßenden Dynamisierung der Opferrente ist eine Erhöhung des Grundbetrages notwendig, um die Inflationskosten der letzten 5 Jahre auszugleichen. Beim Thema Erleichterung bei der Beantragung und Anerkennung gesundheitlicher Haftfolgeschäden wird eine nachweislich nicht funktionierende Regelung nunmehr fortgeschrieben.“

Der Gesetzesentwurf, so Dombrowski weiter, wird den Regelungen im Einigungsvertrag nicht gerecht, der die Opfer der SED in die besondere Fürsorge des Staates stellt. Die Ausstattung des Härtefallfonds mit 1 Million Euro ist lächerlich gering. Im Gegensatz zur ausbleibenden Fürsorge des Staates für die SED-Opfer werden jährlich mehrere hundert Millionen Euro für die Pensionen der staatstragenden Kader der ehemaligen DDR aufgewendet.

Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft e.V.

Sächsischer Härtefallfonds für SED-Opfer

Deutlich mehr Anträge auf Unterstützung aus dem Sächsischen Härtefallfonds für SED-Opfer! In diesem Jahr konnten 22 Anträge auf Zuwendungen aus dem Härtefallfonds des Freistaats Sachsen für politisch Verfolgte der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR bewilligt werden. Ein Beirat unter Vorsitz der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte über die Anträge beraten und sein Votum dem Landtagspräsidenten, Dr. Matthias Röbber, zur Entscheidung vorgelegt.

Der Härtefallfonds richtet sich an Menschen, die sich aufgrund von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR heute in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befinden, und unterstützt diese auf unbürokratische Weise mit einer sachbezogenen Einmalzahlung von bis zu 5.000 Euro. Antragsberechtigt sind alle Personen mit Wohnsitz in Sachsen, die nach den SED-Unrechtsberei-

nigungsgesetzen rehabilitiert und in ihrer wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt sind. Sie können ab dem 01. Juli bis zum 30. Juni des Folgejahres einen Antrag bei der Landesbeauftragten stellen.

„Wir haben eine moralische Verantwortung, den Betroffenen von politischer Verfolgung in SBZ und DDR diese Hilfe zukommen zu lassen. Der Härtefallfonds ist eine wichtige Geste unserer heutigen Demokratie an die Opfer der Diktatur. Die hohe Zahl der Anträge macht deutlich, dass der Bedarf auch über 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch immer da ist“, erklärt der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbber.

In diesem Jahr lagen der Landesbeauftragten insgesamt 57 Anträge vor und damit deutlich mehr als im vergangenen Jahr. Nur vier Anträge mussten wegen fehlender Zugangsvoraussetzungen abgelehnt werden. Da für die Härtefälle

jährlich nur 100.000 Euro zur Verfügung stehen, musste die Mehrzahl der Anträge (31) in die nächste Förderphase 2025 geschoben werden. Allein mit diesen Anträgen wären die Mittel für das nächste Jahr vollständig verplant.

„Der Unterstützungsbedarf ist riesig groß. In diesem Jahr mussten drei Mal so viele Anträge als im letzten Jahr zurückgestellt werden. Das zeigt, dass der Fortbestand des Härtefallfonds weiterhin wichtig ist. Eine Aufstockung der Mittel wäre dringend nötig, da Bedürftige, die in der Förderphase 2023/24 einen Antrag gestellt haben, mittlerweile bis zum Herbst 2026 auf ihren Bescheid warten müssen. Die mit dem Fonds beabsichtigte Linderung akuter Notlagen ist so nicht umsetzbar. Auch deshalb ist der bundesweite Härtefallfonds wichtig. Damit haben Betroffene auch unabhängig von ihrem Wohnort eine Chance auf Unterstützung“, sagt die Sächsische Landesbeauftragte Dr. Nancy Aris. 

Ein Podcast über DDR-Unrecht und Aufarbeitung

„Entschädigt? Über DDR-Unrecht und Aufarbeitung“. Eine neue Reihe des BABcast – der Podcast des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Der BABcast, der Podcast des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, startet mit einer neuen Staffel: Unter dem Titel „Entschädigt? Über DDR-Unrecht und Aufarbeitung“ trifft Referentin Elena Demke in jeder Folge eine Person, die eine Entschädigungs- oder Ausgleichszahlung erhalten hat. Das Spektrum reicht von Haftentschädigung bis zu Leistungen der Stiftung Anerkennung und Hilfen; es geht um Stasi-Verfolgung, Amtswillkür sowie um Diskriminierung und Gewalt in Institutionen des SED-Regimes.

Die Podcast-Gäste sprechen von oftmals traumatischen Erfahrungen. Dabei wird

deutlich, dass aus Opfern Experten werden können: Menschen, die sich mehr als andere mit Aufarbeitung auseinandergesetzt haben. In der aktuellen Diskussion um die Novellierung der Rehabilitierungsgesetze geht es darum, dass Entschädigungsleistungen für Verfolgte der SED-Diktatur leichter zugänglich werden. Unser Podcast zeigt, wie wichtig Entschädigungen in den einzelnen Biografien sind, aber auch für eine funktionierende Demokratie.

Ich würde mich freuen, wenn Sie die Reihe „Entschädigt? Über DDR-Unrecht und Aufarbeitung“ hören und weiteremp-

fehlen. Den Podcast können Sie auf den gängigen Plattformen herunterladen oder auf unserer Webseite hören. Für Anregungen und inhaltliche Rückfragen steht Ihnen das Team des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) gern zur Verfügung.

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
 Franz-Jacob-Str. 4 B
 10369 Berlin
 Telefon (030) 24 07 92 - 0
 Telefax (030) 24 07 92 - 99
info@aufarbeitung-berlin.de
www.aufarbeitung-berlin.de



Gedenkstätte Leistikowstraße erinnerte an die Inhaftierten des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses

Mit einer Gedenkveranstaltung am Gründungstag des Gefängnisses erinnerte die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam am Donnerstag, 15. August 2024, an die Opfer der sowjetischen Repression im ehemaligen Untersuchungsgefängnis des Geheimdienstes.

Neben dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider, und dem Staatssekretär des brandenburgischen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Tobias Dünow, sprachen Xenia Weimann zu den Anwesenden. Ihre Mutter Hergart Wilmanns war von Mai bis September 1947 in der Leistikowstraße und nach einer Verurteilung wegen angeblicher Spionage bis 1953 im sowjetischen Gulag inhaftiert.

Am 15. August 1945 nahm die sowjetische Militärspionageabwehr das ehemalige Pfarrhaus in der Potsdamer Leistikowstraße als Geheimdienstgefängnis in Betrieb. Wie viele Frauen und Männer bis 1991 gefangen gehalten wurden, ist bis heute unbekannt.

1994 erfolgte, ebenfalls am 15. August, die Rückgabe des Gebäudes an den

Alteigentümer, den Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein. Damit begann ein breites bürgerschaftliches Engagement zum Erhalt des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses als Gedenkstätte, das 2008 zur Gründung der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam führte.

Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam
 Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam
 Information:
www.leistikowstrasse-sbg.de
www.instagram.com/leistikowstrasse.potsdam
www.facebook.com/leistikowstr/



Gedenken in der Gedenkstätte Leistikowstraße (© Gedenkstätte)

COLD CASE – MASSENGRÄBER 1945 des NKWD-Lagers in Tost/Oberschlesien

„Team Dombrowski/Krägel“ – UOKG – nahmen am 27. 08. 2024 einen Termin im Büro des Bürgermeisters von Tost/Toszek/Polen wahr, wo sie sehr freundlich empfangen wurden mit Kaffee und Kuchen. Eingeladen bzw. zugegen waren:

- Bürgermeister Dr. Gregorz Kupczyk,
- die Vorsitzende des DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREISES Dorothea Matheja,
- Konsul Nikolaus Pohr vom deutschen Konsulat in Oppeln,
- begleitet von Dolmetscher Leonard Malcharczyk,
- Honorarkonsul aus Gleiwitz Dr. Marcin Tyslik.

Der Bürgermeister hatte für uns einen Besuch auf dem Gelände der Firma TERMINAL TOSZEK vereinbart, auf dem sich unsere Massengräber befinden. Wir wurden erwartet von einem Geschäftsführer dieser Firma. Er erklärte uns, dass auch sein Großvater 1945 durch sowjetische Besatzer gleich Anfang 1945 zu Tode kam und hatte darum Verständnis für unser Anliegen.

Die Geschichte: Von Mai bis Dezember 1945 befand sich in Tost/Oberschlesien (50 km südlich von Oppeln) ein Lager des sowjetischen Geheimdienstes NKWD, vermutlich ein Außenlager des GELBEN ELENDS in Bautzen. Im Sommer 1945 wurden von Bautzen über 3.000 Männer,

Frauen und Jugendliche in Viehwaggons nach Tost deportiert, die bereits auf mehr als 800 inhaftierte Schlesier trafen. In diesem Lager herrschten unglaublich brutale Zustände, so dass innerhalb der wenigen Monate 2/3 der Häftlinge umkamen und unwürdig in mehreren Massengräbern verscharrt werden mussten. Die Totengräbertruppe bestand meist aus Jugendlichen.

Das gesamte Areal, worunter sich auch unsere Toten – auch mein Vater – befinden, kaufte in 2011/2012 eine russische Firma, um dort Steinkohle zwischen – zu lagern, die von Gruben südlich von Tost angeliefert, um hier von Fremdkörpern befreit zur Verstromung weiter transportiert wurden. Ausgerechnet über dem größten Massengrab wurden Kohlenberge aufgehäuft, und eine Mauer darum gezogen. Wir Angehörigen hatten seitdem keinen Zugang mehr auf das Gelände. Möglich, dass der Insolvenzverwalter, der das Areal 2019 bereits zum zweiten Mal weiterverkauft, das nicht gewusst oder nicht weitergegeben hat, dass auf diesem Gelände 1945 fast 3.000 Männer aus dem NKWD-Lager verscharrt wurden. Bei meinem ersten Besuch in Tost im Jahr 1993 hatten mir die damaligen Totengräber erklärt, wo sie 1945 die Toten „beerdigt“ hatten.

In 2012 durfte die KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE Such-Grabungen vornehmen. Vor der Mauer, die bereits um den Kohlenberg hochgezogen war, wurde jedoch nur Hausmüll gefunden. Ein älterer Bewohner von Tost hatte mir später erklärt, dass seit vielen Jahren an der Stelle illegal Müll abgekippt wurde, wodurch sich das Areal erhöhte. Man hätte tiefer graben müssen.

Der Geschäftsführer der Firma TERMINAL TOSZEK wird unseren dringenden Wunsch, eine erneute Suche jetzt mit einem Geoscanner vornehmen zu dürfen, der Geschäftsleitung in Warschau vortragen und uns kurzfristig über den Ausgang informieren.

Dieter Dombrowski hat bereits unseren nächsten Besuch für Oktober 2024 angekündigt, und zwar mit einem Mitarbeiter der KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE mit Geoscanner, Kameramann der UOKG und evtl. Journalisten.

Sybille Krägel, 05. September 2024
I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945



Firmenschild von TERMINAL TOSZEK, Foto: Copyright UOKG



Vor dem Gedenkstein unserer Gedenkstätte – mit Honorarkonsul von Gleiwitz Dr. Marcin Tyslik, Dieter Dombrowski und Sybille Krägel. Foto: Copyright UOKG

Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck – zwei Tage im Juli 2024 und JETZT?

Nach den so bewegenden Stunden zur Eröffnung der Gedenkstätte in Hoheneck, wo viele von uns sich trafen oder sich vielleicht auch erst kennenlernten, beschäftigt uns Hoheneck weiterhin. Die Gedenkstätte sollte erst einmal bis Ende August, inzwischen bis Mitte/Ende September 2024, geschlossen sein. Wie genau dann geöffnet wird, ist noch unbestimmt. Der Stadtverwaltung schwebt je „nach Bedarf“ eine Online-Anmeldung für Besuche der Gedenkstätte vor. Das haben wir uns so nicht vorgestellt!

Außerdem hat am Sonntag, den 25.08.2024, eine Veranstaltung der AG WELT e.V. mit Peter Hahne als Referent im Innenhof der Gedenkstätte Hoheneck stattgefunden. Nachdem bereits im März 2024 eine Versammlung – eine Bauerndemo vom Verein „Berggeschrey“ – im Innenhof mit dem Oberbürgermeister von Stollberg Marcel Schmidt als Redner stattfand, scheint die Stadt den Innenhof als Versammlungsort nutzen zu wollen. Die Bedeutung der Gedenkstätte als Gedenkort interessiert dabei offenbar nicht wirklich. Wir haben deshalb einen Brief an die Veranstalter und Peter Hahne geschrieben. In diesem Brief sprechen wir uns gegen jedwede Versammlung in diesem Innenhof aus, egal welcher politischer oder religiöser Ausrichtung. Wir wollen diesen Gedenkort in seiner Würde bewahren, auch wenn wir wissen, dass genau das sehr schwierig wird. Aber gerade deshalb erheben wir unsere Stimme, positionieren uns dazu und haben diesen Brief geschrieben:

**Sehr geehrter Herr Hahne,
sehr geehrter Herr Bähr,
sehr geehrter Herr Schneider,**

wir wenden uns als ehemalige Hoheneckerinnen an Sie, Herr Hahne, als Referenten und an Sie, Herr Bähr und Herr Schneider, als Vorstand der „AG Welt e.V.“ und Organisator der Veranstaltung zum Thema „Wahrheit – Freiheit – Frieden – Sind wir noch ein Volk?“ im ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck in Stollberg am 25.08.2024.

Wie Sie sicher wissen, waren während der gesamten Existenz der DDR und auch bereits zuvor in der SBZ Frauen und auch Jugendliche (!) aus politischen Gründen in Hoheneck inhaftiert. Es war das größte Frauengefängnis der DDR. Hier wurden

inhaftierte Frauen unter unmenschlichen Bedingungen „verwahrt“. Fast 35 Jahre nach dem Ende der DDR wurde jetzt im Juli die Gedenkstätte in einem Festakt unter Teilnahme des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und des Oberbürgermeisters von Stollberg Marcel Schmidt eröffnet. Wir ehemaligen Hoheneckerinnen sind sehr dankbar, dass dieses Ziel jetzt endlich nach dieser langen Zeit erreicht wurde.

Sie werden sicher verstehen, dass wir die Würde dieses Ortes, dieser Gedenkstätte, gewahrt sehen wollen. Im Erdgeschoss und im Keller des Zellenhauses befinden sich auf der Seite zum Innenhof die Arrestzellen, wo Frauen unter Kälte und Essensentzug total isoliert z.T. in Dunkelheit und fixiert tage-, wochen- und auch monatelang leiden mussten. Auf diesem Innenhof mussten Frauen unter permanenter Ansaage „links..., links..., links, zwei, drei, vier“ im Kreis marschieren. Das nannte sich dann Freigang. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Ihnen das alles während einer Besichtigung der Gedenkstätte zeigen können und laden Sie hiermit dazu ein.

Aus Respekt vor diesen Frauen ist es unser Anliegen, dass an diesem Ort keine Versammlungen stattfinden. Gedenkstätten sind Orte der Ruhe und Besinnung. Wir sehen darin keinerlei Problem für die Meinungsfreiheit, können Sie Ihre Veranstaltung doch problemlos an jedem öffentlichen Ort ausüben. Für uns ist es ein Thema des Anstands und der Würde. Des-

halb bitten wir Sie, den Versammlungsort zu ändern. Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

Konstanze Helber und Karin Leberwurst
stellvertretend für weitere ehemalige
Hoheneckerinnen. 06.08.2024

**Die Veranstaltung fand dennoch statt.
Unsere Position wurde ignoriert.**

**Picknick am Gedenkstein der Opfer
des Stalinismus in der Gedenk-
stätte Hoheneck am 25.08. 2024**

Es bleibt dabei: Aus Respekt vor den Frauen, die in Hoheneck gelitten haben, ist es unser Anliegen, dass an diesem Ort, dem Innenhof von Hoheneck – des ehemaligen Frauengefängnisses der DDR – keine Versammlungen stattfinden! Uns interessiert nicht der Veranstalter und wir sehen auch keine Meinungsfreiheit bedroht, wenn man für die Veranstaltung einen anderen Ort ausgewählt hätte. Mehr denn je stehen wir dazu. Besonders da unsere Befürchtungen, wie an diesem Tag bestätigt, eigentlich sogar übertroffen wurden.

Obwohl der Veranstalter AG WELT e.V. unsere Bitte um Verlegung mit dem Hinweis, dass „...die Würde einer Gedenkstätte nicht gefährdet wird.“ (Thomas Schneider, Vorstand und Pressesprecher der AG WELT e.V.) abtat, ließen es die Veranstalter unter Mitwirkung des Oberbürgermeisters von Stollberg Marcel Schmidt zu, dass direkt am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus Teilnehmer ihr Picknick durchführten und den Ge-



Picknick am Gedenkstein. Foto: Copyright Frauenforum



Gedenkstein ohne Blumen. Foto: Copyright Frauenforum

denkstein als Ablage nutzten. Wird so die Würde einer Gedenkstätte gewahrt? Die gesamte Veranstaltung war ein Volksfest mit Bier und spendierten Würstchen vom Referenten Peter Hahne. Da überraschen dann auch keine Dixi-Toiletten im Blickfeld des Gedenksteins mehr.

Was hat das mit Anstand und Wahrung der Würde der Gedenkstätte zu tun? Auch wenn hier ehemalige Hoheneckerinnen durch ihre Anwesenheit als Alibi dienen, erheben wir, ehemalige Hoheneckerinnen, unsere Stimme und klagen den Umgang mit dieser Gedenkstätte an. Mit dieser Erfahrung bleiben wir dabei: Die

Würde des Ortes kann nur ohne derartige Veranstaltungen gewahrt werden!

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten uns sicher weiterhin mit der Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck beschäftigen müssen und hoffen dabei sehr, gemeinsam mit allen Beteiligten von Land und Bund Möglichkeiten zu finden, uns für eine würdige Gedenkstätte einzusetzen, damit wir uns nicht nur auf Proteste reduzieren müssen.

Was erhoffen und wünschen sich die ehemaligen politisch inhaftierten Frauen von der Gedenkstätte? Als einen Ort politisch

historischer Bildungsarbeit und Demokratieerziehung ist es besonders wichtig, jungen Menschen die Möglichkeit zu forschendem Lernen zu eröffnen. Gedenken und Innehalten aller ehemals Betroffenen mit ihren jeweiligen Kreisen schließt dies natürlich ein. Gemeinsam mit allen kompetenten Unterstützern muss man sich dafür einsetzen, dass die Gedenkstätte die Besucher dazu anregt, andere Menschen darauf hinzuweisen, diesen Gedenkort zu besuchen. Wir gehen davon aus, dass wir alle einen würdigen Gedenkort haben werden.

Neben allem, was man rund um das Frauengefängnis Hoheneck in den letzten Jahren gehört hat, ist es unser Anliegen – und das bleibt es auch – dass man zuerst an die Gedenkstätte denkt. Die Gedenkstätte braucht in den kommenden Jahren die Unterstützung der Sächsischen Landesbeauftragten, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der Stiftung Aufarbeitung und des BKM-Bundeskulturministeriums.

Und ganz besonders braucht sie die Unterstützung der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen – und auch die der bestehenden Gedenkstätten! Kurz gesagt, es bedarf der zivilgesellschaftlichen Unterstützung, ihrer und unserer Unterstützung!

Der Vorstand des „Forum für verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“ und vielen ehemaligen Hoheneckerinnen.

Alles andere als Monopoly – Geschichtsvermittlung als Spiel auf der Bühne

Geschichte als Spiel? Die Dresdner Bürgerbühne des Staatsschauspiels Dresden näherte sich dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 auf ungewöhnliche und packende Weise: Im Theaterprojekt „Juni’53 – ein Spiel?“ entwickelte das Ensemble aus dem historischen Thema und dem Kampf um Freiheit ein Strategiespiel, das in der fiktiven Stadt Elbnitz angesiedelt ist. Dabei „schreiben“ sechs Gruppen Geschichte: Arbeiter, Handwerker, Gewerkschaftsvertreter, SED-Parteifunktionäre, Volkspolizei und Jugendliche. Sie stehen sich feindlich gegenüber – die einen sind besonders staatstreu, andere protestieren gegen die Diktatur oder suchen noch ihren Weg und verbünden sich. Ereignisse und Orte des Spiels sind an die Gescheh-

nisse des Volksaufstands in Sachsen angelehnt.

Am 24. März 2024 hatte die Aufführung im Kleinen Haus in Dresden Premiere. Den Handlungsrahmen bildete ein gemeinsamer Brettspielabend. Dabei wurde die Bühne zu einem großen Brettspiel. Nach und nach trafen die Schauspielerinnen und Schauspieler ein, die nun in die Rollen des Volksaufstands schlüpfen. Manche Figuren erinnerten an reale Akteure des Aufstands, andere waren fiktiv. Die Spielfiguren: Eine Arbeiterin, die endlich frei sein will. Ein Jugendlicher, der mehr vom Leben will, als nur Maloche und sich unterordnen. Ein Handwerker, der erst abwartet, sich dann doch dem Protest

anschließt. Ein Parteisekretär, der jeden Widerstand niederschlagen will. Eine Gewerkschafterin, die erst gegen den Protest ist, dann aber schwankt angesichts der bereits verübten Gewalt. Der Volkspolizist Hans, der fest an den Aufbau des Sozialismus glaubt und diesen mit aller Gewalt durchsetzen möchte.

So bekam die Geschichte nach und nach viele Gesichter. Um möglichst lebensnahe Rollen zu entwickeln, hatte das Ensemble intensiv nach historischem Material recherchiert und unzählige Videos angeschaut. Die Landesbeauftragte unterstützte das Team der Bürgerbühne dabei und beriet bei allen Fragen. Mit Hilfe von Bildern und historischem Material

konnten dann im Rahmen des Stücks die geschichtlichen Fakten erklärt werden. Deutlich wurde: Der Kampf um politische Freiheit vor über 70 Jahren war alles andere als ein Spiel. Aber wir können uns dem Thema auf spielerische Weise nähern, um die damaligen Möglichkeiten und Ängste der Menschen besser zu begreifen.

Und genau das passierte auch. In der zweiten Hälfte des Stücks verließ das Publikum die bequemen Zuschauerstühle und wechselte auf die Bühne. Die Zuschauerinnen und Zuschauer bekamen die Regeln erklärt und spielten. Plötzlich waren alle mittendrin. Aus 60 passiven Zuschauern wurden aktive Mitspieler, die sich überlegten, wie es damals gewesen sein könnte. Selbst mitzuspielen, aktivierte und motivierte. Als die Aufführung sich dem Ende neigte, fiel das Aufhören schwer, denn gerne hätten viele bis in die Nacht weitergespielt.

Im anschließenden Publikumsgespräch konnten Fragen an die Landesbeauftragte und an das Team der Bürgerbühne gestellt werden. Die Aufführung löste

Gesprächsbedarf aus, sowohl im Publikum als auch bei den Schauspielerinnen und Schauspielern. Ein Diskussionsthema, war die Frage, ob ein Spiel zu so einem wichtigen historischen Ereignis nicht zu einer Verharmlosung der Geschichte beiträgt, weil die dramatische Entwicklung verniedlicht oder sogar ins Lächerliche gezogen werden könnte. Diskutiert wurde auch, ob ein Brettspiel den damaligen Aufbruch zur Freiheit und die damit verbundene Selbstermächtigung der Menschen adäquat wiedergeben kann.

Eine der Darstellerinnen erzählte auf Nachfrage, dass das Thema des Aufstands für sie ganz aktuell sei, da sie aus Russland komme. Sie denke viel darüber nach, wie sie sich verhalten würde, wenn sie jetzt dort und nicht in Dresden leben würde. Sie wisse es nicht. Hätte sie den Mut, für Freiheit und Demokratie auf die Straße zu gehen und sich damit dem Risiko auszusetzen, zu einer langen Haftstrafe verurteilt zu werden? Eine Aussage, die nachdenklich macht und uns aus der Geschichte direkt in die Gegenwart holt. Sie zeigt auch, wie wichtig es ist,

den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Die Methode des Spiels ist dafür besonders gut geeignet. Sie regt dazu an, sich in die Vergangenheit hineinzusetzen, Ereignisse nachzuvollziehen und diese mit der eigenen Lebenswelt zu verknüpfen.

Eine weitere Aufführung fand im Rahmen des B:Club Festivals vom 14. bis 16. Juni 2024 statt. Auch mit dem Brettspiel zum Volksaufstand geht es weiter: Geplant ist, das Spiel zu verfeinern, um es in Serie zu produzieren. Es könnte somit in der politisch-historischen Bildung eingesetzt oder einfach zu Hause in gemütlicher Runde gespielt werden.

Das Theaterprojekt ist eine Kooperation des Staatsschauspiels Dresden mit DIE BÜHNE – Das Theater der TU Dresden. Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat das Projekt initiiert und fördert es.

Magdalena Ermlich, Stellvertretende
Sächsische Landesbeauftragte zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur

Brandenburg erinnerte an Mauerbau vor 63 Jahren

Osdorf steht sinnbildlich für die Folgen des Baus der Berliner Mauer: Als die DDR ab August 1961 den Grenzwall um West-Berlin hochziehen ließ, verloren die 150 Osdorfer ihre Heimat. Im heutigen Großbeerener Ortsteil Heinersdorf erinnern daran zwei originale Mauersegmente. Dort haben heute Landesregierung, Landtag, die Beauftragte des Landes zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und die Gemeinde Großbeeren als Gastgeber gemeinsam der Opfer der deutschen Teilung und des DDR-Grenzregimes gedacht. An der zentralen Gedenkveranstaltung nahmen Ministerpräsident Dr. Diemar Woidke, Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke, die stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Susanne Kschenka, Großbeerens Bürgermeister Tobias Borstel sowie Zeitzeugen und Gäste teil.

In der Gedenkrede betonte Woidke: „In Heinersdorf und dem einstigen Osdorf waren die Menschen direkt vom Bau der Mauer betroffen. Sie diente dazu, die Bürgerinnen und Bürger der DDR einzusperren. Vom 13. August 1961 bis zum 09. November 1989 teilte die Mauer die beiden deutschen Staaten, Städte und Gemeinden, Familien und Freundeskreise. Mehr als 28 Jahre haben Millionen Menschen unter der Teilung gelitten. Allein an

der Berliner Mauer verloren mindestens 140 Menschen ihr Leben. Ihr Tod ist uns auch heute noch eine Mahnung. Eine Mahnung dafür, dass sich der Freiheitswille eines Volkes nicht dauerhaft unterdrücken lässt.“

Woidke ergänzte: „Wir können heute voller Freude sagen, dass wir die Teilung überwunden haben. Dass wir die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erreicht haben. Ich wünsche mir, dass wir Kraft ziehen aus der friedlichen Revolution von 1989. Die Mauer ist nicht gefallen, sie wurde von den Menschen in Ostdeutschland umgestoßen. In einer Zeit, in der unser Zusammenhalt und unser Gemeinsinn unter starkem Druck stehen, ist es wichtig, daran zu erinnern. In der friedlichen Revolution haben die Menschen dafür gekämpft, ihre Meinung ohne Angst sagen zu dürfen. Wenn heute manche behaupten, dass sie heute vieles nicht mehr sagen dürften, wirkt das für mich wie Hohn und Spott für diejenigen, die 1989 für unsere Freiheit gekämpft haben.“

Liedtke betonte: „Die Berliner Mauer und die innerdeutsche Grenze waren ein Monument der Menschenverachtung. Mit völkerrechtswidrigen Mitteln versuchte die SED, die eigene Bevölkerung daran zu

hindern, von ihrem verbrieften Recht auf Freizügigkeit Gebrauch zu machen. Aber der Wille zur Freiheit war letztlich stärker als jede Sperranlage.“

Kschenka fügte hinzu: „Der Ort Osdorf wurde durch die DDR-Diktatur zerstört, um Platz zu schaffen für eine menschenverachtende Mauer. An den Mauersegmenten und durch die Berichte der Zeitzeugen wird greifbar, was der Mauerbau für schwere Auswirkungen auf Menschen und ihre Schicksale hatte. Der Toten zu gedenken und die Erinnerung an die deutsche Teilung an die kommenden Generationen weiterzugeben, bleibt der Auftrag für uns alle.“

Borstel sagte: „Die Gemeinde Großbeeren, in der Osdorf heute liegen würde, war ein Grenzort zwischen den Systemen. Das kleine Gut Osdorf mit seinen mehr als 150 Einwohnern musste für immer weichen, da sich zwei deutsche Staaten geteilt gegenüberstanden, die erst 28 Jahre später wieder zueinanderfanden. So bin ich ausgesprochen dankbar, dass wir uns hier und heute erinnern und den Ort Osdorf nicht vergessen lassen, sondern gemeinsam eine Gedenkkultur der deutsch-deutschen Teilung im Land Brandenburg erlebbar machen.“

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V

26. Gedenkveranstaltung für die jugendlichen Opfer der Malchower Werwolf-Tragödie – Schnappschüsse: Herzlicher Dank an die Stadt Malchow mit ihrem Amtsbereich Zentrale Beschaffung und Kultur für das würdige öffentliche Gedenken. Von den damals die Haft überstandenen Malchower Jugendlichen lebt leider nur noch der rund 700 km entfernt wohnende Arnulf Putzar.

In seiner Begrüßung schlug Bürgermeister René Putzar den weiten Bogen vom Opfergedenken bis zur Hoffnung auf eine baldige gerechte Friedenslösung für die Ukraine und freute sich – wie wohl alle



Rudi Pröber

Gäste – auf den 95-jährigen Penzliner Zeitzeugen Rudi Pröber, der mit seinem Sohn aus Nienhagen angereist war. Zuvor, am 28. Juni, erschien auf Vermittlung der rührigen Eheleute Horst und Jutta Vau im „Nordkurier“ ein zweiseitiger Zeitungsbericht über Rudi Pröbers Schicksalsjahre 1945 bis 1950.

„Rudi“ sprach sichtlich bewegt über das erlittene Unrecht und zog die Zuhörer in seinen Bann.

Grußworte richteten an die Versammelten Dr. Maria Nooke (Landesbeauftragte von Brandenburg für die Aufarbeitung der SED-Diktatur), May-Britt Krüger (DDR-Zeitzeugin und stellv. Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus) und Reinhard Klaus (Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.).

Gedenkreden hielten beeindruckend faktenreich der neue Landesbeauftragte in Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der DDR-Diktatur, Burkhard Bley (würdiger Nachfolger von Anne Drescher) und OSL Holger Deckenbach (Panzergranadierbrigade 41 Vorpommern), u.a. zur politischen Lage aus der Sicht eines Militärs.


Der Gymnasiast der Malchower Fleesenseeschule überzeugte mit einem souveränen Vortrag und Namensverlesung der Malchower Opfer. Pastor Eckhard Kändler leitete mit christlicher Botschaft über zu den Kranzniederlegungen mit Trommelwirbel. 



Foto von links nach rechts: Jutta Vau (frühere Mitorganisatorin der Malchower Gedenkveranstaltungen), Dr. Maria Nooke, Dr. Hartwig Kurth (AfD), Burkhard Bley.
Fotos: Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.

Mauerbau vor 63 Jahren

Anlässlich des Mauerbaus vor 63 Jahren erklärte Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG): „Es ist wichtig, auch 63 Jahre nach dem Bau der Mauer an die Unmenschlichkeit der SED-Diktatur zu erinnern. Wichtig aber sind nicht die Kränze, sondern das Engagement für die Opfer, die auch heute Hilfe brauchen.“ An der Berliner Mauer starben zwischen 1961 und 1989 nach Angaben der Stiftung Berliner Mauer mindestens 140 Menschen. Insgesamt geht die Stiftung von etwa 650 Todesopfern an der innerdeutschen Grenze aus. Weitere Opfer des Mauerbaus in

Berlin und der innerdeutschen Grenze sind die zahlreichen unschuldig inhaftierten Republikflüchtlinge und Fluchthelfer sowie die Betroffenen der Zwangsausiedlungen im Sperrgebiet.

Mit zahlreichen Veranstaltungen wurde am 13. August 2024 an den Tag des Mauerbaus am 13. August 1961 erinnert. An der zentralen Gedenkstätte an der Bernauer Straße wurde zum Jahrestag unter anderem eine Andacht in der Kapelle der Versöhnung und Kranzniederlegungen durchgeführt. Neben Stiftungsdirektor Axel Klausmeier nahmen Zeitzeugen und Gäste aus Politik, Kultur

und Gesellschaft sowie der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski teil.

„Schicksalstag, der Träume und Leben zerstörte“

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), Frank Ebert, erinnerte ebenfalls an die Opfer von Mauer und Stacheldraht: „Alle Berlinerinnen und Berliner – egal ob in Spandau oder in Lichtenberg – erkannten schnell, wie menschenverachtend dieses Bauwerk eine verheerende Trennlinie durch die Stadt, Freundeskreise und Familien zog. Das soziale Gewebe unserer Stadt wurde

brutal zerrissen. Die gesellschaftlichen und städtebaulichen Narben, die der Todesstreifen in unserer Stadt hinterlassen hat, sind noch immer nicht gänzlich verschwunden. Dieser 13. August 1961 war ein Schicksalstag, der Träume und Leben zerstörte.“

Trotz des Schießbefehls versuchten immer wieder Menschen aus der DDR, Mauer und Stacheldraht zu überwinden, um in den Westen und damit in die Freiheit zu gelangen. Viele Fluchtversuche scheiterten jedoch bereits im Vorfeld: die Fluchtwilligen wurden verraten, verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. BAB Frank Ebert: „Diese Haftstrafen führten nicht nur zu gravierenden seelischen Folgen, sondern auch dazu, dass die Menschen ihre Ausbildung oder ihre Berufstätigkeit abbrechen mussten. Bei vielen Betroffenen wirken sich die gebrochenen Berufsbiografien bis heute finanziell aus, insbeson-

dere wenn die Menschen das Rentenalter erreicht haben.“ Studien in Brandenburg und Thüringen haben gezeigt, dass viele ehemalige Verfolgte der SED-Diktatur, darunter auch frühere Heimkinder oder Jugendliche aus Jugendwerkhöfen, im Alter finanziell schlechter gestellt sind.

Härtefallfonds

Diese Menschen kann der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte aus einem Härtefallfonds unterstützen. Voraussetzungen sind der Wohnsitz in Berlin, eine Rehabilitation nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und ein niedriges Einkommen, wie z. B. Altersrente, Erwerbsminderungsrente oder der Bezug von Bürger- bzw. Wohngeld. Berechtigte können einmalig Sachleistungen in den Bereichen Fortbildung, Gesundheit, Technik, Wohnen, soziale Teilhabe oder Mobilität erhalten, wenn keine andere Stelle

(Sozialleistungsträger wie z. B. Jobcenter, Krankenkasse, Rentenversicherung) die Kosten dafür trägt.


Berlin stellt für 2024 und für 2025 jeweils 100.000 Euro für den Härtefallfonds zur Verfügung. In einem Informationsgespräch beim BAB werden Hilfesuchende beraten und beim Antragsverfahren unterstützt. Ein Beirat, dem neben BAB Frank Ebert die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, und der ehemalige DDR-Häftling Mario Röllig angehören, entscheidet über die Gewährung der Hilfen. Interessierte können sich für dieses Jahr noch melden.

Kontakt zum Härtefallfonds

Telefon: (030) 24 07 92 – 62

E-Mail: haertefall@aufarbeitung-berlin.de

Weitere Informationen unter

www.aufarbeitung-berlin.de/beratung/haertefallfonds/artikel.1005390.php 

Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer vor 63 Jahren


In der Bernauer Straße fand in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner, die zentrale Gedenkveranstaltung anlässlich des Baus der Berliner Mauer vor 63 Jahren statt. Die Teilnehmer legten Kränze in Erinnerung an die Opfer von Mauer und Teilung nieder. Bei der Veranstaltung sprachen vier Zeitzeugen, die am Bau mehrerer Fluchttunnel in der Bernauer Straße beteiligt waren. Der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, betonte anlässlich des Jahrestages: **„Freiheit ist nicht selbstverständlich. Das führt uns der 13. August immer wieder vor Augen.** Ganz konkret wird das anhand der Menschen, die sich selbst für die Freiheit und somit gegen den universellen Machtanspruch der SED-Diktatur einsetzten. Der Mut dieser Menschen, die alles riskierten, um nicht in einem Staat zu leben, in dem sie sich nicht frei entfalten durften, ist beeindruckend und ermahnt uns, die Demokratie zu verteidigen. Sie akzeptierten weder die nicht durch demokratische Wahlen legitimierte Macht der SED noch die Berliner Mauer, sondern setzten sich für individuelle Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ein.“

Unter den Gästen der Gedenkveranstaltung waren auch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke und der Berliner Beauftragte für

die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frank Ebert. Die Zeitzeugen Hubert Hohlbein, Ralph Kabisch, Joachim Neumann und Eveline Rudolph berichteten über ihre Tunnelfluchten durch die Tunnel 29 und 57 unter der Bernauer Straße. „Die Erinnerung an unsere Tunnelflucht in der Nacht vom 14. auf den 15. September 1962 begleitet mich mein ganzes Leben lang“, eröffnete Rudolph das Gespräch.

Hubert Hohlbein floh am 21. November 1963 durch den Jungfernsee von Potsdam nach West-Berlin, Ralph Kabisch kam im Oktober 1961 nach West-Berlin und Joachim Neumann floh am 21. Dezember 1961 mit einem falschen Pass nach West-Berlin. Alle drei waren an der Planung und Durchführung von Tunneln beteiligt, darunter auch dem Tunnel 57, durch den 1964 im Herbst 57 Menschen aus der DDR fliehen konnten. Neumann erinnert sich im Gespräch: „Der 13. August 1961 hat mein ganzes Leben verändert. Ich war plötzlich in einem Staat gefangen, mit dem ich mich nicht identifizieren konnte und wollte.“ Ralph Kabisch wiederum stellte die besondere Rolle Berlins heraus: „Die brutale Teilung Deutschlands hat sich durch den Bau der Mauer besonders hier in Berlin widerspiegelt. Wenn man in Berlin gelebt hat, kam man, egal in welche Himmelsrichtung man ging, nach einer halben Stunde immer

irgendwann an die Mauer und da ging es nicht weiter. So eine Situation darf sich nicht wiederholen.“ Auch Hubert Hohlbein betonte mit Blick auf die Relevanz des Gedenkens heute: „Es ist nicht selbstverständlich, dass wir in Freiheit und Demokratie leben. Wir müssen dafür etwas tun.“ Evelyn Rudolph resümierte: „Die Geschichte der Menschheit ist leider auch eine Geschichte von gefährlichen Ereignissen. Und es wird immer wieder Menschen geben, die ihre Heimat verlassen müssen oder wollen. Und es wird auch immer wieder Menschen geben, die ihnen helfen.“

Bei der Andacht las Arsenii Shipkov die Biografie von Siegfried Noffke, der am 28. Juni 1962 bei der Öffnung eines Fluchttunnels erschossen wurde. Er kam nach dem russischen Überfall auf die Ukraine nach Deutschland und erhielt Kirchenasyl über die evangelische Flüchtlingsarbeit. Anlässlich des Jahrestages haben sich zehn Berliner Jugendliche in einem Ferienworkshop, den die Stiftung Berliner Mauer gemeinsam mit der Jugendkunstschule Pankow durchgeführt hat, mit dem Thema „Tunnelfluchten“ auseinandergesetzt. Aus dem Workshop sind vier Kurz-Videos entstanden, die noch bis zum 30. September 2024 im Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer gezeigt werden. 

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, gibt Themen, die begleiten mich, seit ich das Amt der SED-Opferbeauftragten vor rund drei Jahren angetreten habe, nahezu täglich, ohne dass sie bis heute in der Politik und der breiten Öffentlichkeit eine große Wahrnehmung gefunden haben.

Hierzu gehört für mich wesentlich das Schicksal und die aktuelle Lage der Kinder von politisch Verfolgten. In vielen Begegnungen und insbesondere in den vielen Briefen, die mich erreichen, erfahre ich von Biografien von Kindern, die bis heute geprägt von den tiefgreifenden Erlebnissen der Trennung von den Eltern, der Unterbringung bei Verwandten oder gar im Heim und den Herausforderungen mit dem Erlebten heute umzugehen.

Wie weit der Schatten dieser einschneidenden Erfahrungen reicht, wurde mir erneut deutlich bei einem Treffen mit Opferverbänden und -initiativen in Niedersachsen. Bei dem Treffen berichtete eine ehemalige Hoheneckerin, die heute in Schleswig-Holstein lebt, von ihrem Schicksal. Zu DDR-Zeiten stellte sie als junge Frau mit ihrem Mann einen Ausreiseantrag, da sie sich insbesondere für ihre damals fünfjährige Tochter wünschte, dass diese in Freiheit und Selbstbestimmung leben könne. Dass sie ihrem in Westberlin lebenden Bruder von ihrem Ausreisewunsch in einem Brief berichtete, wurde ihr zum Verhängnis. Gemeinsam mit ihrem Mann wurde sie wenige Wo-

chen später vor den Augen ihrer Tochter verhaftet. Sie wurde wegen „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ verurteilt und zuerst im „Roten Ochsen“ in Halle und schließlich in Hoheneck inhaftiert. Der Weg der Tochter führte erst in ein Kinderheim, bevor sie bei Verwandten unterkam. Freigekauft in den Westen erzählte die Familie über Jahre niemandem in ihrer neuen Heimat von den traumatischen Erlebnissen. Zu groß war die Angst vor der Staatssicherheit und insbesondere davor, nicht verstanden zu werden. Erst in diesem Jahr holten die damaligen Ereignisse auch die heute über vierzigjährige Tochter wieder ein. Bei einem Besuch in Dresden brachen die Erinnerungen wieder auf und führten zu einem psychischen Zusammenbruch der Tochter.

Dieses Beispiel ist alarmierend und zeigt mir erneut, dass die Kinder eben nicht nur eine Art „Anhang“ von politisch Verfolgten sind. Nein, sie sind eine eigene Opfergruppe, die mehr Aufmerksamkeit und mehr Unterstützung erhalten sollte. Ich bin insbesondere dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur und der UOKG dankbar, dass sie dieses wichtige Thema schon seit Jahren sowohl bei den Frauenkongressen als auch in der täglichen Arbeit immer wieder aufgreifen.

Für einen Teil der Kinder von politisch Verfolgten besteht bei eigenen Repressionserfahrungen die Möglichkeit, sich nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitieren zu lassen und die jeweils entsprechenden Folgeleistungen zu erhalten. Konkret betrifft dies Kinder, die aufgrund der Inhaftierung eines oder beider Elternteile in ein Heim eingewiesen worden sind. Kinder, die jedoch bei Verwandten untergebracht wurden, sind von dieser Rehabilitierungsmöglichkeit ausgeschlossen. Mir ist bewusst, dass dies von Vielen als Ungleichbehandlung wahrgenommen wird, haben doch auch diese Kinder die plötzliche, traumatische Trennung von Mutter oder Vater erleben müssen. Auch wenn sie dann bei beispielsweise den Großeltern oder in anderer Weise familiär untergebracht waren, haben doch auch sie an den Folgen zu tragen. Ich würde mir wünschen, dass wir auch für diese Gruppe geeignete Instrumente der Unterstützung finden.

Darüber hinaus sind unter bestimmten Voraussetzungen auch verwaltungs-

und berufliche Rehabilitierungen für alle Kinder von politisch Verfolgten möglich, wenn etwa die Inhaftierung eines oder beider Elternteile zu schulischen Benachteiligungen geführt haben.

Ist eine eigene Rehabilitierung nicht möglich, können sie nach dem Tod ihrer politisch verfolgten und rehabilitierten Eltern oder eines Elternteils einen Anspruch auf Unterstützungsleistungen haben. Zudem können Hinterbliebene auf Antrag Leistungen der sozialen Entschädigung erhalten. Voraussetzung ist hier, dass ein betroffener Elternteil selbst Leistungen aufgrund anerkannter gesundheitlicher Schäden in Folge von politischer Verfolgung erhalten hat und an den Folgen der Schädigung verstorben ist.

Gerade mit Blick darauf, dass – wie beschrieben – die Kinder von politisch Verfolgten nur eingeschränkt Zugang zu Hilfen haben, sollten wir bei neuen Instrumenten der Unterstützung, wie dem bundesweiten Härtefallfonds, der in den kommenden Monaten im Bundestag beschlossen werden soll, von vornherein diese Kinder mitbedenken und auch ihnen Zugang zu Leistungen ermöglichen. Hierfür werde ich mich einsetzen.

Neben der finanziellen Unterstützung sehe ich die Notwendigkeit, dass wir mehr spezifische Instrumente zur psychosozialen Unterstützung der Kinder schaffen. Die Forschung, die es hierzu in den letzten Jahren gegeben hat, zeigt uns, dass hier ein Bedarf besteht, dem wir aktuell nicht in geeigneter Weise gerecht werden.

Ein Punkt ist mir für die kommenden Jahre besonders wichtig: Viele Kinder von politisch Verfolgten scheuen die Öffentlichkeit. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Mir ist es wichtig immer wieder zu betonen, dass jeder Betroffene selbst entscheidet, ob, wann und wie er über seine Erlebnisse spricht. Wir können jedoch Räume schaffen, Angebote formulieren und diesen Prozess begleiten.

Ermutigen wir die Kinder von politisch Verfolgten für sich selbst zu sprechen. Ihre Geschichte ist wertvoll und kann unserer Gesellschaft ganz wesentlich dabei helfen, die SED-Diktatur und ihre Folgen besser zu verstehen.

Ihre Evelyn Zupke



Resolutionsübergabe beim Frauenkongress im Oktober 2023 in Halle (Saale). Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte und Konstanze Helber (rechts), Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur e.V.
Quelle: Team SED-Opferbeauftragte

BdV-Landesvorsitzender erhielt Ehrendoktorwürde

Für seine „kulturpolitischen Leistungen im Hinblick auf die Menschen, welche nach Flucht und Vertreibung eine neue Heimat suchen mussten, für die Brückenbauarbeit zu den osteuropäischen Staaten einschließlich der Ukraine, für ein Zusammenleben in Europa sowie für seinen unermüdlichen Einsatz für die Ukrainische Universität (UFU)“ wurde BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer am 02. Juli 2024 in einem Festakt in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften mit der Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Ukrainischen Freien Universität ausgezeichnet. In seiner Laudatio würdigte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Volkmar Halbleib, Christian Knauer als „...mit hoher Wahrscheinlichkeit einen der konsequentesten, längsten und aktivsten Unterstützer der UFU.“ Knauer sei „ein unermüdlicher und hartnäckiger Mahner, wenn es um die richtigen Lehren aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts geht, ein Mahner gegen Totalitarismus, gegen Vertreibungen und ethnische Säu-

berungen, für die Wahrung und den Respekt vor kultureller Identität.“

Den SPD-Politiker hatte Universitätsrektorin Prof. Dr. Maria O. Pryshlak als Laudator gewonnen, weil er mit dem BdV-Landesvorsitzenden ein langjähriges und vertrauensvolles Verhältnis pflegt. Als Vertreibenenpolitiker Sprecher seiner Partei habe er den Geehrten als „Brückenbauer und Botschafter für die Aussöhnung mit den Regionen und der Bevölkerung in der alten Heimat“ erlebt. Aus der schmerzhaften Geschichte von deutscher Okkupation, Flucht und Vertreibung und dem Verlust der Heimat sei bei ihm eine besondere Verbindung und Zuneigung entstanden, die einen politisch unverzichtbaren und wichtigen Beitrag für die Aussöhnung mit unseren Nachbarn Mittel- und Osteuropas leiste. Deswegen wurde die Ehrendoktorwürde zu Recht verliehen.

Die Ukrainische Freie Universität zählt zur Familie der Münchener Universitäten. Im Gegensatz zur staatlichen Ludwig-Maxi-

milians-Universität und der Technischen Universität ist sie eine private staatlich genehmigte Universität mit Promotions- und Habilitationsrecht. Als frühere weltweit einzige Exiluniversität fördert sie den binationalen Dialog der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine mit dem Ziel, Fremdes und Trennendes zu überwinden, Menschen zusammenzuführen und Vorurteile abzubauen. Sie will als geistiges und kulturelles Band zwischen der Ukraine und dem Freistaat Bayern sowie Deutschland in einem geeinten Europa dienen. Sie bietet ukrainischen Flüchtlingen in ihrer Muttersprache Master- und Promotionsstudiengänge in BWL, Politikwissenschaften, Rechtswissenschaften, Internationale Beziehungen, Psychologie, Pädagogik, Philosophie, Geschichtswissenschaften, Kunstwissenschaften, komparative Kultur- und Literaturwissenschaften und Ukrainistik an.

Stefanie Sander-Sawatzki, M.A.
BdV-Landesgeschäftsführerin

Unschuldig in den Gulag verbannt – Schicksal einer jungen Deutschen in Workuta

Workuta 1954

Du graue Stadt, du greise Stadt
gebaut auf Blut und Tränen,
wie deine Häuser sterbensmatt
sich an einander lehnen.

Wie blicken deine Fenster leer
und trüb von Staub und Rauch,
es weht von deinen Schächten her
ein bitterer Todeshauch

Es war eine schwere Last, die einer Frau über Jahrzehnte aufgebürdet wurde. Man fragt sich immer wieder, ob es sinnvoll sei, so ein Schicksal zu aktualisieren, daran zu erinnern, obwohl inzwischen 70 Jahre vergangen sind. Sie konnte sich während der DDR-Zeit nur wenigen Personen anvertrauen. Dieses und auch andere Schicksale sind ein Teil unserer Geschichte, sie sind es wert, daran erinnert zu werden und jüngere Generationen zu informieren. Ich bin Frau Hannelore Meis dankbar, dass sie mir ihre Aufzeichnungen vertrauensvoll gegeben hat. Ich habe sie viele Jahre ärztlich betreut.

Es war am 20. Juni 1950, als ihr Ehemann und ihr Vater wegen angeblichem Wirtschaftsverbrechen verhaftet wurden. Beide waren in der Herrenkleiderfabrik des Großvaters beschäftigt. Nach einer 13monatigen U-Haft wird der Ehemann unter Auflagen entlassen. Er zieht es vor, zu seiner Mutter nach West-Berlin zu flüchten. Der Vater ist lebensgefährlich erkrankt, ihm wird eine Haftunfähigkeit anerkannt. Privatvermögen und die kleine Firma werden von einem Treuhänder, einem Stasi-Angehörigen verwaltet. Frau Meis besucht im Mai 1952 mit ihrem 2 1/2-jährigen Sohn ihren Mann in West-Berlin. Da sie sich keiner Schuld bewusst ist, kehrt sie trotz Warnungen nach Erfurt zurück. Die Stasi hatte inzwischen weitere Erkundigungen eingezogen. Frau Meis ließ sich scheiden, um wenigstens eine Arbeit zu bekommen. Im Juli 1952 wurde sie von der Stasi in die Erfurter Zentrale in die „Straße der Einheit“ geholt und von dort nach Berlin Karlshorst weiter transportiert. Im fensterlosen Keller teilte sie ihr

Schicksal mit zwei jungen Frauen ebenfalls aus der DDR. Schließlich wurde die 26-Jährige in Berlin Lichtenberg von einem Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Ihr wurde ein Wirtschaftsvergehen nachgesagt.

Von Berlin aus ging es weiter in einem neutralen und getarnten Postwagen mit russischer Bewachung durch Polen nach Brest-Litowsk. Nach einer Zwischenstation im berühmten Moskauer Gefängnis Ljublanka erreichte sie im Januar 1953 das Frauenlager für politische Gefangene in Workuta. Hier begann die schwerste Zeit ihres Lebens. Kaum war die Quarantänezeit überstanden, musste sie jeden Tag 10 bis 12 Stunden bei eisiger Kälte Steine und Kohle be- und entladen, beim Verlegen von Eisenbahnschienen helfen. Wurde die Norm nicht erfüllt, musste ein Lebensmittelentzug in Kauf genommen werden. Die Aufsichtspersonen waren teilweise recht brutal. Mit Tritten wurden die Frauen zu Arbeit gezwungen. Brach man unter Schmerzen zusammen war die



Hilfe der Mitgefangenen ein wohlthuender Beistand.

Die primitiven Bedingungen der Unterkunft begünstigten das Auftreten von verschiedenen Krankheiten. So erinnert sich Frau Meis mehrfach erkrankt gewesen zu sein. Die Lagerärztin, ebenfalls eine Gefangene, hatte keine Möglichkeiten entscheidend zu helfen. Bestenfalls konnte sie ihre Patientinnen von der Arbeit kurzfristig befreien. Bei Außentemperaturen von minus 30 bis 40 ° C war es kein Wunder, sich Erfrierungen im Gesicht und an den Füßen zu zuziehen. Wer bei diesen Bedingungen nicht an sich, an seine Kraft glaubte, war verloren. Jede dieser Frauen musste einen individuellen Weg finden, diese menschenunwürdigen Strapazen einigermaßen zu beherrschen. Niederschlagend waren zusätzlich die Nachrichten aus Erfurt, dass ihr Vater und ihre Großmutter verstorben seien.

Frau Meis hatte die Gabe, ihre Erlebnisse und Gedanken dichterisch zu Papier zu bringen. Das war ihre Art, die schrecklichen Begebenheiten und Qualen zu verarbeiten. Es war schon ein Zugeständnis, Papier und Schreibstift behalten zu dürfen. Das Niedergeschriebene durfte nicht provozierend sein, um auch weiterhin ihre Gedanken zu Papier bringen zu können. Das Gedenken an eine Mitgefangene, Gisela Welte, wurde von Frau Meis zu ihrem Tode mit berührenden Worten niedergeschrieben. Stets quälte der Gedanke, es hätte auch mich treffen können.

Das Grab in der Tundra

Wo vom blassen Himmelsrand zieht der Wolken weißes Band liegt in der Tundra endlosem Grau das Grab einer jungen Frau.

Nicht Blumen blühen noch Kränze wehn und keine Marmorsteine stehn an dieser Stätte ernster Ruh, nur Schnee und Erde bedeckt sie zu.

Und fremde Erde drückt so schwer und fremde Worte sind so leer, die Seele sucht und irrt und fragt, wer wohl ein Wort der Liebe sagt.

Gedanken nur und stille Tränen und deiner Lieben fernes Sehnen und wir, alle sind dir nah, schlafe, kleine Gisela.

Am 05. März 1953 starb Stalin, einer der Initiatoren dieser „Besserungslager“ in Russland. Ich erinnere mich, es war fast

ein nationaler Trauertag für die Genossen in der DDR. Die Gefangenen mussten in Workuta zu einem Trauerappell antreten. Es war ein Lichtblick für die Frauen, die Nummern wurden von den Jacken entfernt, die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden verkürzt.

Der letzte Tag in Workuta – Heiligabend 1954

„Es war mein letzter Tag in Workuta. Vormittags wurde zur „Etappe“ aufgerufen. Es war ein offenes Geheimnis, dass die Deutschen in Richtung Heimat abtransportiert werden sollten. Offiziell hieß es Verlegung in ein anderes Lager. Unter atemloser Spannung folgten alle dem Aufruf der Namen. Werde ich dabei sein? Und was ist mit denen, die zurück bleiben? Eine Etappe war schon vor wenigen Tagen abgefahren. Freundschaften, Landsleute wurden auseinander gerissen. Tränen und Aufregung, Jubel und Verzweiflung. Diesmal wurde ich mit aufgerufen. Schnell die paar Habseligkeiten in den Etappensack gepackt. Er war aus lauter kleinen Flickresten zusammengenäht und mein Name in russischen Buchstaben stand darauf. Ich wurde mit meinen Kameraden in einen Gefangentransporter (Käfigwagen) verladen. Die Begleitposten waren nervös und trieben zur Eile an. Den Grund merkten wir bald. Wir wurden an den planmäßigen Personenzug angehängt. Es war stockdunkel, von der Landschaft nichts zu sehen. Wir hockten in den Käfigen. Schließlich hielt der Zug, und in fieberhafter Eile wurden die Käfige aufgeschlossen und wir mit Flüchen und Fußtritten hinaus befördert. Die Kameradin vor mir (Inge Hunger) hatte ihren Sack auf dem Rücken und außen ihre Essschüssel darauf befestigt. Die Schüssel fing zum Glück den gewaltigen Stiefeltritt ab, sie war dadurch total platt gedrückt. Ich flog über Inge hinweg in den Schnee und kam somit glimpflich davon. Neben uns wurde auch noch eine Gruppe russischer Frauen ausgeladen. Die machten einen Riesenkrach wegen dieser Behandlung und einige warfen sich vor die Lokomotive und ließen den Zug nicht weiter fahren. Aus der Stanzia, der kleinen Bahnhofsbaracke, kam dann ein Offizier und griff in das Drama ein. Er gab Befehl, dass wir hinein in die warme Stube gebracht wurden und einen heißen Tee bekamen, bevor wir dann in Kolonne zum Lager marschierten.

Wir waren etwa 100 km von Workuta gen Süden gefahren, wie wir später erfuhren, waren wir noch immer in der baumlosen

Tundra. Seit Jahren hatte keine von uns je einen Baum gesehen. Die Nacht war sternenklar. Wir kamen in ein kleines, elendes Dorf und tappten mut- und willenlos hinter den Posten her. Doch auf einmal stand die Kolonne. Wir drängten nach und da sahen wir die Ursache. Mitten auf dem Dorfplatz stand ein kleiner Baum, eine Birke im tiefsten Schnee. Wir Frauen bildeten einen Kreis um das Bäumchen. Die Posten duldeten es, standen selbst wie gebannt. Einige von uns knieten nieder und berührten vorsichtig die eisbehängenden Zweige, ob sie denn wirklich echt seien. Ein großes Staunen. Dann sagte eine von uns, „das ist unser Weihnachtsbaum und ich hoffe und glaube ganz fest, dass wir nächstes Jahr daheim eine Tanne schmücken werden“. Sie sollte recht behalten, aber es vergingen noch 10 Monate, bevor wir von Lager zu Lager über 600 km transportiert wurden und wieder deutschen Boden betreten konnten“.

Ein zukunftsweisender Anlass war der Besuch von Bundeskanzler Adenauer am 12. September 1955 in Moskau. Er erreichte die Zusage, dass alle deutschen Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen bald die Straflager verlassen würden

Im Oktober 1955 fährt Frau Meis mit dem „Heimkehrertransport“ als „Freie“ nach Brest und weiter durch Polen nach Frankfurt/Oder. Die endgültige Entlassung erfolgte im Lager von Fürstenwalde. Ein vorläufiger Ausweis sollte im Heimatort vorgezeigt werden, um dann den regulären Personalausweis zu erhalten. Man versicherte uns, „dass man als vollwertiger Bürger der DDR mit allen Rechten und Pflichten wieder aufgenommen sei und von niemanden verfolgt oder benachteiligt werden dürfe“.

War das nicht ein Anlass, optimistisch in die Zukunft zu schauen? **Konnte man damit nicht die Last der vergangenen Jahre, die schuldlose Verurteilung durch ein sowjetisches Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager von sich werfen? Nein, es blieb eine Last, ein Kampf bis zum Tode.** Frau Meis nahm die Empfehlung mit, „die Jahre der Deportation in ihrem Lebenslauf und in der Kaderakte“ als „Zivilinternierte in der SU“ zu deklarieren und anzugeben. Was kann schon passieren, wenn man einige Jahre in Freundesland weilte. Doch der Kampf ging in Erfurt weiter. Sie wurde ständig bespitzelt. „Das in der Verfassung ver-

briefte Recht auf Arbeit und Wohnung konnte ich erst nach monatelangem Kämpfen mit Hilfe von Freunden und einem Rechtsbeistand durchsetzen". Inzwischen wurde geklärt, dass die Vorwürfe eines Wirtschaftsverbrechen gegenstandslos waren. Ihr Vater erhielt nach dem Aufstand von 1953 seinen Betrieb zurück.

Eine in der Gefangenenschaft erworbene Lungenkrankheit erschwerte über Wochen das tägliche Bemühen, beruflich und privat wieder Fuß zu fassen. Sie qualifizierte sich zur Stenotypistin und fand in der Betriebsakademie der Lebensmittelindustrie in Erfurt viele Jahre Arbeit. „Auch dort wurden mir alle erdenklichen Knüppel von der Partei- und Betriebsleitung in den Weg gelegt. Immerhin setzte sich ein neuer Direktor für Frau Meis ein, da sie nicht „entsprechend ihrer Leistung und Ausbildung bezahlt“ wurde. Er bekam die Antwort, „dass ich politisch unzuverlässig, einschlägig vorbestraft sei, das stünde in meiner Kaderakte, und deshalb dürfte ich nicht befördert werden und keine Gehaltserhöhung bekommen“. Diese Mitteilung führte „zu einem schweren Herz-Kreislauf-Zusammenbruch, der Notarzt musste gerufen werden, und ich blieb längere Zeit arbeitsunfähig“. Ich erinnere an die Entlassung aus dem Arbeitslager:

Man würde als „vollwertiger Bürger der DDR mit allen Rechten und Pflichten wieder aufgenommen“.

„Danach nahm ich meinen ganzen Mut zusammen und ging zum Bezirksstaatsanwalt, legte ihm die Sache dar und bat um Untersuchung der Rechtslage. Dieser erklärte mir, dass es in der DDR über mich keine Vorstrafeneintragung gäbe, und wenn dergleichen in meiner Kaderakte vorhanden sei, dann müsse der Betriebsdirektor das sofort vernichten. Falls er sich weigere, würde sich die Staatsanwaltschaft einschalten. Danach hatte ich eine Aussprache mit dem Genossen Funda, er entschuldigte sich und gab mir sein Wort, dass der Vermerk aus der Kaderakte entfernt würde“. Zehn Jahre später gab es eine Diskussion über die Nachfolge der erkrankten Sekretärin des Betriebsdirektors. Als ausgebildete Stenotypistin bot sich Frau Meis an. Ein Mitarbeiter der Kaderabteilung antwortete: „Nein, da müsste die Kaderakte sauber sein“.

Wer einmal in der DDR gezeichnet war, ob schuldig oder unschuldig, hatte bei dem Klüngel von Staat und Partei keine Chance. Bei der Beantragung der Altersrente wurden die 3 ½ Jahre in Workuta als „Zivilinternierte“ angegeben. Man ahnt es schon, diese

Zeit wurde als mögliche Wiedergutmachung nicht anerkannt. So unmenschlich die Belastungen in Workuta auch waren, in einem Gulag, in dem zuvor Millionen von Menschen zu Tode kamen, Frau Meis schilderte das Erlebte ohne Hass. Sie hatte sogar einen Blick für das Reizvolle dieser öden Landschaft, was auch in ihren Gedichten zum Ausdruck kam. Sie lebte jedoch in der DDR, deren Behörden die Inhaftierung initiierten, eine Rehabilitation versagten und sie mit dem Makel der politischen Unzuverlässigkeit in ein Leben voller Schwierigkeiten entließ. Dieses Leben war eher begleitet von einer Resignation, weniger von einer Ausweglosigkeit. Sie gestaltete ihr Dasein schöpferisch, veröffentlichte viele Beiträge über die Natur z.B. über Orchideen. Das Erlebte behielt sie für sich, sie starb einsam in einem Pflegeheim.

Und deine Kinder lachen nicht,
sie stehn im Straßenkot,
so alt, so blass ist ihr Gesicht
aus ihren Augen schreit die Not.

Du graue Stadt im öden Land
Wer bricht wohl deinen Fluch?
Wer kommt zu dir und hebt die Hand?
Und sagt „Es ist genug“.

Wolfgang Schuchardt

85. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August 2024

RUHM UND EHRE DEN HEILDEN DER SOWJETARMEE

Denkmal in Neubrandenburg

Dieses Denkmal ist geprägt vom Geist der Entstehungszeit. Sie preisen den Heldenmut der Soldaten und den Widerstand des Volkes gegen Hitler und Nazi-Deutschland. Wer die Geschichte besser kennt, stutzt angesichts so mancher Inschriften auf diesen Ehrenmälern. Noch heute wird behauptet, dass der Krieg für die Sowjetunion von 1941 bis 1945 gedauert habe. Doch gemäß dem Geheimen Zusatzprotokoll zum Nicht-Angriffsprotokoll mit Nazideutschland überfiel die sowjetische Armee auf Befehl Stalins 1939/1940 Polen und das Baltikum. Ebenso marschierte sie in Finnland ein und besetzt dort Gebiete bis heute. Für die baltischen Staaten und die Länder Ostmitteleuropas markiert der 23. August 1939 den Beginn einer Zwangsherrschaft, die erst in den Jahren 1989/90 endete. Die Sowjetunion war Opfer und Täterin.

Dies verschweigen heute viele!

Seine Souveränität erlangte Osteuropa, die DDR, Polen, die Ukraine und das Baltikum erst nach dem Zerfall der Sowjetunion. Ein Trauma was bei vielen bis heute nachwirkt.

Wie die deutsche Bevölkerung das Kriegsende erlebte, findet sich in Neubrandenburg und in vielen anderen deutschen Städten kaum wieder. Die sowjetischen Soldaten befreiten nicht nur, sondern sie plünderten und vergewaltigten auch, sie errichteten NKWD-Lager, deportierten Jugendliche und Frauen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion – das alles wurde in der DDR-Zeit verschwiegen. Und viele schweigen bis heute. Mit Hilfe der Sowjetunion wurde eine Diktatur in der DDR errichtet, der tausende Menschen durch Tod, Haft und Zwangsarbeit zum Opfer fielen.



Neuer Friedhof in Neubrandenburg



Ist das alles vergessen?

Der russische Präsident Putin begründet den Angriffskrieg auf die Ukraine (24.02.2022) unter anderem mit dem Kampf gegen „Nazis“. In diesem Zusammenhang scheint auch die territoriale Integrität der baltischen Staaten gefährdet.

Diese Bedrohung sorgt dort für Ängste vor einem Ende ihrer vor 35 Jahren erkämpften Unabhängigkeit. Ängste die heute viele Deutsche nicht mehr wahr haben wollen.

Auch die Befürchtungen ostmitteleuropäischer Staaten vor einer zu großen Nähe Deutschlands zu Russland, zum Beispiel anlässlich des Nordstream-Projektes, waren Folge des historischen Traumas des Hitler-Stalin-Pakt. Dies wurde aber nicht ausreichend ernst genommen. Vor allem jetzt, da Russlands Präsident Wladimir Putin die Erinnerungen an den sowjetischen Sieg über Hitlerdeutschland immer wieder missbraucht, um seine aggressive und kriegerische Politik zu rechtfertigen, sollte über sowjetische/russische Gedenkortne neu nachgedacht werden und das Geschehene nicht verdrängt werden.

Der 23. August war der Europäische Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus, der zwei totalitären Ideologien, die hier Hand in Hand arbeiteten.

Text und Foto: André Rohloff

Empfehlung: In Russland sind Militärgerichte ein wichtiges Instrument der Repression. Zwei neue Internetseiten zeigen, wie sie einst auch in Deutschland tausende Menschen aburteilten.

Von Hubertus Knabe: <https://hubertus-knabe.de/moskauer-terrorjustiz/>

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.

Unsere aktive Zusammenarbeit trägt Früchte! Über zwei Bereiche ist hier zu berichten:

1. Die Weiterführung und Vergrößerung des sog. Schulprojekts. Wie Sie wissen haben wir schon vor Jahren erfolgreich Schwerpunkt-Veranstaltungen in Gymnasien, vor allem in Brandenburg und Sachsen-Anhalt organisiert und erfolgreich durchgeführt. Das positive Echo, vor allem aber die politische, rechtliche und historische Wichtigkeit beim allgemein abnehmenden Stand der Kenntnisse und das Wissen haben dazu geführt, dass auf regionaler Basis unsere Bildungsarbeit verstärkt fortgesetzt werden muss. Wir freuen uns daher, dass nach dem jüngsten Treffen mit der Leitung der Bundesstiftung hier in Plänitz eine verstärkte Zusammenarbeit auch mit Unterstützung aus Berlin anlaufen kann. Die Bedeutung dieser Bildungsarbeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, insbesondere durch die immer wieder auftretenden Erfahrungen über die nachlassende Kenntnis und auch falsche Vorstellung über die SBZ und die DDR. Hierfür brauchen wir

dringend Ihre Kraftstoff-Unterstützung, daher die heutige Bitte, unser Konto mit einer Hilfsleistung auffüllen zu helfen.

2. Die grundlegende Vorbereitung für das Schwerpunktjahr 2025 läuft in diesen Herbst an. Vorgesehen ist eine Reihe von Veranstaltungen, Filmvorführungen, öffentlichkeitswirksame Treffen, Veröffentlichungen aller Art, natürlich auch politische Initiativen. Wir haben am 06.08.2024 den Rahmen für dieses Schwerpunktjahr zusammen mit der Bundesstiftung gesteckt und sind jetzt dabei, für die Programme und Initiativen im Einzelnen die Vorbereitungen zu treffen.

Unter dem Stichwort „80 Jahre gesellschaftliche und politische Umwälzung, 80 Jahre Kriegsende und Neuanfang“ wollen wir dem kommenden Jahr eine besondere Bedeutung unserer Themen geben und neue Anstöße für den Rechtsstaat, für die Wiedergutmachung, für Recht und Eigentum auf den Weg bringen. Die Chancen des Jubiläumsjahres werden breit angelegt genutzt.

Wenn Sie uns mit dem dringlich erforderlichen „Kraftstoff“ unterstützen, so geben Sie bitte an, für welchen Bereich Sie sich besonders engagieren. Entweder für das 1. Schul- und Geschichtsprojekt oder 2. für das Schwerpunktjahr 2025. Wir hoffen sehr auf Sie und Ihre tatkräftige Mitwirkung und können Ihnen versichern, dass wir unvermindert mit Energie und Ausdauer unsere Aufgabe für „Rechtsstaat Recht und Eigentum“ weiterverfolgen werden.

Bankverbindung:
Raiffeisenbank OPR
IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94
BIC: GENODEF1NPP

Aktionsgemeinschaft
Recht und Eigentum e. V.
Ansprechpartner:
Manfred Graf von Schwerin
ARE - Plänitz: Hofstr. 5, 16845 Planitz,
Telefon (033970) 51874
Fax (033970) 51875
E-Mail: are-pl@gmx.de,
Internet: www.are-org.de



Nachruf auf Christa Annemarie Ladendorf

geb.: 12. Februar 1948, verst.: 31. Juli 2024

Sie hat RECHT erwartet, in einem Land, der Bundesrepublik, wohin Sie und ihre Familie im Jahr 1987 aus der SBZ/DDR ausgewiesen wurden.

Gegen das UNRECHT des Rechtsbruchs zum FremdRentenGesetz hat sie bis zu ihrem Tode angekämpft. Gegen dieses Unrecht und gegen ihre Krankheit, den Krebs, hat sie den Kampf verloren.

Im tiefempfundenen Andenken – ihr Mitstreiter – Wolfgang Graetz

Biografie über Brigitte Reimann

Ein solches Buch wie diese Biografie der DDR-Schriftstellerin Brigitte Reimann (1933-1973) konnte nur ein DDR-Germanist schreiben wie der 1955 in Güstrow/Mecklenburg geborene Carsten Gansel. Nur er brachte die Voraussetzungen mit, die ihn befähigten, dem Leben und dem literarischen Werk der frühverstorbenen Autorin gerecht zu werden. Er allein konnte die entlegensten Archive mit biografischem Material ausfindig machen; er konnte Beziehungen aufnehmen zu den drei überlebenden Geschwistern und den Briefpartnern, ohne dass ihm, wie einem Westgermanisten, Misstrauen entgegengeschlagen wäre; und nur er konnte das Werk, weil er über DDR-Erfahrungen verfügte, im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung interpretieren. Ein Westgermanist hätte hier gnadenlos versagt!

Carsten Gansel wurde 1981 an der Pädagogischen Hochschule in Güstrow mit einer Arbeit zur „antikommunistischen Wertung“ der DDR-Literatur promoviert und habilitierte sich 1989 an der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ in Ostberlin. Nach Gastprofessuren in Bielefeld und Frankfurt/Main lehrte er seit 1995 deutsche Literaturgeschichte in Gießen und lebt heute in Neubrandenburg. Er hat mehr als 350 wissenschaftliche Aufsätze verfasst und 2004 unter dem Titel „Hunger nach Leben“ eine Auswahl der Tagebücher Brigitte Reimanns 1955/70 ediert. Seit 2020 ist er Vorsitzender der Christa-Wolf-Gesellschaft. Was er den Lesern mit diesem umfangreichen Buch bietet, ist weit mehr als eine Lebensbeschreibung Brigitte Reimanns, es ist auch eine kleine Geschichte der DDR-Literatur 1955/73. Denn fast überall in den 44 Kapiteln, die oft nur wenige Seiten umfassen, blendet der Verfasser Ausblicke auf andere Autoren ein wie Christa Wolf (1929-2011) oder Stephan Hermlin (1915-1997) ein.

Die Rezeptionsgeschichte Brigitte Reimanns ist höchst ungewöhnlich in der deutschen Nachkriegsliteratur. Was bei ihrem Tod am 20. Februar 1973 an Veröffentlichungen vorlag, waren ein halbes Dutzend Prosatexte und Hörspiele, die Erzählung „Ankunft im Alltag“ (1961) und der Republikfluchroman „Die Geschwister“ (1963). Im Jahr nach ihrem Tod erschien, von der Zensur gekürzt, ihr unvollendet gebliebener Roman „Franziska Linkerhand“ (1974). Noch vor dem Mauerfall 1989 erschien eine Auswahl aus Ta-

gebüchern und Briefen (1983), vermutlich bearbeitet und politisch entschärft. Nach dem Untergang des SED-Staats und dem Wegfall der Zensur wurden von verschiedenen Verlagen acht Briefbände veröffentlicht und vier Bände mit Tagebüchern. Das nichtfiktionale Werk, in dem sich das authentische Leben der DDR-Autorin widerspiegelt, beginnt nun, allein, was den Umfang betrifft, das fiktionale zu überwuchern. Und ein Ende ist, da der im Literaturzentrum Neubrandenburg lagernde Nachlass offensichtlich noch nicht ausgeschöpft ist, nicht abzusehen!

Brigitte Reimann, geboren am 21. Juli 1933 von bürgerlichen Eltern in der Kreisstadt Burg bei Magdeburg in der preußischen Provinz Sachsen, wuchs mit drei jüngeren Geschwistern auf und erkrankte 1947 an Kinderlähmung. Als Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Junger Autoren“ in der Bezirkshauptstadt Magdeburg versuchte sie, ihrem Berufsziel „Schriftstellerin“ näherzukommen, arbeitete aber nach dem Abitur zunächst zwei Jahre als Grundschullehrerin, bevor sie mit ihrem zweiten Ehemann, dem aus Schlesien stammenden Schriftsteller Siegfried Pitschmann (1930-2002), am 06. Januar 1960 nach Hoyerswerda ins Industriekombinat „Schwarze Pumpe“ zog.

Dort schrieb sie dann die Erzählung, die sie beim Publikum bekannt machte und die einer ganzen Literaturrichtung den Namen gab, der „Ankunftsliteratur“. In den acht Jahren, sie dort als Schriftstellerin und Leiterin eines „Zirkels schreibender Arbeiter“ verbrachte, lernte sie, völlig unvorbereitet, die harte Realität an der „ökonomischen Basis“ kennen und veröffentlichte ihre niederschmetternden Erfahrungen als „Offener Brief“ unter dem Titel „Entdeckung einer schlichten Wahrheit“ am 08. Dezember 1962 in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“. Das, was sie in ihrem Artikel vortrug, entsprach dem, was eine ganze Schriftstellergeneration erlebt hatte, die nach der „Bitterfelder Konferenz“ vom 24. April 1959 in die Betriebe gegangen waren, um die Geburt des „neuen Menschen“ zu beschreiben. Aber den gab es nicht! Und Brigitte Reimanns „Offener Brief“ war nichts weiter als das Protokoll einer tiefen Enttäuschung. In Erik Neutschs Roman „Spur der Steine“ (1964) kann man auf 916 Seiten nachlesen, dass der „neue Mensch“ lediglich eine Erfindung des SED-Politbüros war!

Die literarische Frucht dieser schweren Enttäuschung war der Roman „Franziska Linkerhand“ (1998), der in nichtzensurierter Fassung erst ein Vierteljahrhundert nach ihrem Tod erschien. Dieser Roman, an dem sie schon in Hoyerswerda zu schreiben begonnen hat, trägt autobiografische Züge. Es geht um eine junge, idealistisch gesinnte Architektin, die nach dem Studium nach „Neustadt“ (gemeint ist Hoyerswerda) zieht, um menschenwürdige Wohnungen für Arbeiter zu bauen, wobei es zum Konflikt mit den SED-Planvorgaben kommt, wonach Arbeiterwohnungen schnell und billig errichtet werden sollen.

Was an diesem Roman auffällt, ist, ähnlich wie bei Erik Neutsch, die drastische Schilderung des DDR-Alltags. Der Unterschied: Bei Brigitte Reimann fehlt der Parteisekretär, der rettend eingreift.

.....
Carsten Gansel: Ich bin so gierig nach Leben. Brigitte Reimann. Die Biographie, Aufbau-Verlag, Berlin 2023, 704 Seiten, ISBN: 13-978-3351039646.

Besonders die Figur des Journalisten Dr. Wolfgang Trojanowicz, der aus Masuren stammt, fällt aus dem Rahmen. Vorbild für diese ungewöhnlichen Menschen war Brigitte Reimanns dritter Ehemann Hans Kerschek (1932-1995). Genosse Trojanowicz spricht im Roman am 17. Juni 1953 als „roter Agitator“ zu den aufständischen Arbeitern in Leipzig. Nach dem Ungarnaufstand 1956 wird er wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“ zu vier Jahren Zuchthaus in Bautzen verurteilt. Wie man heute weiß, hat sie die Schicksale der DDR-Schriftsteller Erich Loest (1926-2013) und Reiner Kunze (1933) mit dieser Romanfigur verwoben. Dieser Roman ist ein Vermächtnis, das noch nicht ausgeschöpft ist.

Jörg Bilke

Stellenausschreibung Gedenkbibliothek

Die Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus in Berlin sucht ab 01. März 2025 einen neuen Leiter/Leiterin. Die Stelle ist dem Öffentlichen Dienst mit einer A 9 oder A 10 angegliedert. Bewerber sollten dem Thema Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur verbunden sein, mit Empathie und Kommunikationsfreudigkeit. Idealerweise sollte ein Abschluss in Politik oder Geschichte vorliegen.

Bewerbungen bitte an:
 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus,
 Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin.

Hinweise und Korrekturen

Artikel Dr. Kittan in Heft 4/2024, S. 14, Otto... find' ich gut..: Im genannten Artikel wird darauf verwiesen, dass Mitarbeiter von Frau Dr. Zupke eine Zahl von 250 bis 300 Gefangenen ermittelt hätten, die in Cottbus für Pentacon Dresden gearbeitet haben. Aus Unterlagen des Kombinats selbst aus den 70er Jahren gehen genauere Zahlen hervor. So heißt es in einem Dokument „Schwerpunkte des Produktionsablaufes 1973“, das sich im Staatsarchiv Dresden befindet: „Der Amnestiebeschluss vom Oktober 1972 führte dazu, dass in der Fertigungsstelle Cottbus der größte Teil der geplanten Produktionsarbeiter (388 Personen) am Jahresanfang ausfiel. Die geplante Leistung von 40.000 Fertigungsstunden pro Monat wurde erst im November 1973 wieder erreicht.“ (Staatsarchiv Dresden). Auch zu Arbeitsunfällen mit Personenschaden kann das Staatsarchiv Auskunft geben. Gilbert Furian.

Artikel Wolfgang Graetz in Heft 6/24, S. 6, „Sozialstudie ist für das Poesiealbum?“: Zum Beitrag gab es zahlreiche Zuschriften. Die vom Autor geäußerte Darstellung zur Begegnung mit dem Brandenburger Ministerpräsidenten Dietmar Woidke beruht auf der Erinnerung des Verfassers. Zur Begegnung gibt es gegenteilige Darstellung, wofür ein Videobeweis als auch Zeugen zur Verfügung stehen. Die Einlassungen zur Arbeit der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke, sind nicht durch Fakten belegt und bilden die Meinung des Autos ab. Das gilt auch für die Einschätzung der Arbeit von Außenministerin Annalena Baerbock. Die Erinnerungen und Einordnungen des Autors entsprechen nicht der Wahrnehmung der Angesprochenen, sind aus deren Sicht falsch. Der Beitrag als Lesermeinung macht zugleich deutlich, wie komplex die Aufarbeitung von Diktaturen ist und wie die Folgen von Repression und Unterdrückung bis in die Gegenwart ausgreifen. Beratungen und Unterstützung zu rechtlichen Fragen sowie zur persönlichen Situation Betroffener bleiben ein wichtiger Baustein, um juristische Fragen zu klären und persönliche Schicksale zu begleiten.

Artikel André Rohloff in Heft 6/24, S. 17, „Auch nach 60 Jahren unvergessen!“: Die Summe für freigeverkaufte Häftlinge betrug 3,5 Milliarden D-Mark. Danke an Herrn Osterloh für diesen Hinweis.

Der Wochenrückblick ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Emailadresse erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an wochenrueckblick@uokg.de**. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. Das UOKG-Team wünscht Ihnen eine informative Lektüre. **Internet: <https://www.uokg.de/wochenrueckblick/>**

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Digitale „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **Redaktionsadresse E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de**

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: 1 Euro/Ausgabe, 9 Euro/Jahr

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Newsletter der UOKG: <https://www.uokg.de/thema/aktuelles/mitteilungen/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss Impressum letzte Seite.

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Traumabklärung in Sachsen

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bietet ab September 2024 eine traumazentrierte Beratung an. Diese richtet sich an Menschen, die unter Gesundheitsschäden als Folge politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone oder der DDR leiden. Die Beratung erfolgt durch die Traumabklärerin Petra Morawe in den Räumen der Landesbeauftragten in Dresden.

Das Beratungsangebot ist kostenfrei. Die Gespräche sind streng vertraulich und auf Wunsch anonym. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich, um die Termine zu planen.

Interessierte melden sich bitte unter 0351 – 493 3700 oder schreiben eine E-Mail an lasd@slt.sachsen.de.

Der Egon aus Hinterpommern


Umschreibungen und Weglassungen

Man erinnert sich noch an das vor Glück strahlende Gesicht des SED-Funktionärs Egon Krenz, als er am 18. Oktober 1989 als Nachfolger Erich Honeckers zum SED-Generalsekretär ernannt worden war und sechs Tage danach auch noch zum Staats-

1983 bis ins höchste Machtzentrum, das Politbüro, schien unaufhaltsam, bis der SED-Staat im Herbst 1989 kollabierte.

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall versucht nun der SED-Rentner, der heute zurückgezogen in Dierhagen an der Ostsee lebt, sein politisches Wirken zu rechtfertigen. Der Leser aber fragt sich, ob man heute solche DDR-Erinnerungen noch veröffentlichen sollte. Inzwischen sind die Archive aus 40 Jahren DDR-Geschichte geöffnet, Dutzende von Zeitzeugen befragt, wissenschaftliche Aufarbeitungen geschrieben worden, die den SED-Staat, trotz aller ideologischen Verklärung, als blutige Diktatur erscheinen lassen, die zur Machtabsicherung Hunderte ihrer Bürger an der innerdeutschen Grenze hat erschießen lassen.

Die Schwierigkeit seiner heutigen Sicht auf die Vergangenheit besteht darin, dass er zwischen zwei Polen pendelt: Zwischen der alten Ideologie, der er nach wie vor verhaftet ist, und der widerwilligen Anerkennung der Verbrechen, die Kommunisten im „Klassenkampf“ verübt haben. Ein Beispiel: Über Stalins Tod am 5. März 1953 schreibt er: „Ich war wie gelähmt, fühlte mich auf einmal verwaist.“ Später spricht er von „Stalins Verbrechen“, entschuldigt sie aber sofort: „[...] weil es gesellschaftliche Umstände gab, die sein Handeln begünstigt hatten.“

Solch verquere Argumentationen durchziehen das ganze Buch! Dass es in der DDR 40 Jahre hindurch keine freien Wahlen gab, verschweigt er; dass die „Junge Gemeinde“ 1952/53 gnadenlos verfolgt wurde, kommt nicht vor; die Berufsverbote, die Massenverhaftungen, die Fluchtbewegung sucht man vergebens in diesem Buch, das im Jahr 1974 endet. Im Folgebuch, den Egon Krenz schon angedroht hat, wird er auch von der „chinesischen Lösung“ sprechen müssen, die er 1989 bei den Leipziger Demonstranten anwenden wollte. Man darf gespannt sein! 



.....
Egon Krenz „Aufbruch und Aufstieg. Erinnerungen“, Verlag Das Neue Berlin Verlag, Berlin 2022, 352 Seiten, ISBN: 13-978-3360028051.
.....

ratsvorsitzenden der DDR-Regierung. Sieben Wochen später, am 6. Dezember, wurde er aller seiner Ämter enthoben und schließlich von Gregor Gysi aus der SED/PDS ausgeschlossen.

So tief wie Egon Krenz fällt man selten! Geboren am 19. März 1937 als Schneidersohn in Kolberg/Hinterpommern, floh er mit seiner Mutter 1944 nach Damgarten/Vorpommern. Seit seinem Beitritt zur FDJ 1953 und zur SED 1955 ging es nur noch bergauf. Er besuchte 1953/57 das „Institut für Lehrerbildung“ in Putbus/Rügen und war 1957/59 in Prora/Rügen freiwillig NVA-Soldat. In Moskau erwarb er in den Jahren 1964/67 auf der Parteihochschule ohne Abitur den Titel eines „Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers“. Sein Aufstieg

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Stellungnahmen und Erfahrungsberichte zur Novellierung der Entschädigung für DDR-Opfer

Sie senden sie ein – wir dokumentieren sie: Anlässlich der geplanten Novellierung der Entschädigungsgesetze im Herbst diesen Jahres im Bundestag werden wir im September einen neuen Schwerpunkt zum Thema Rehabilitation, Entschädigung, Restitution herausgeben. Wenn Ihr Verein/Verband dazu eine Stellungnahme abgegeben hat, würde wir diese gerne dokumentieren. Auch Erfahrungsberichte zum Thema, Erfahrung mit Ämtern, Gerichten, Gutachtern, etc. würden wir nach Prüfung durch unsere Redaktion gerne dokumentieren.

H-und-G.info (Heute und Gestern)- Ihr Aufarbeitungsforum im Internet

Für die Redaktion
Martin Böttger und Christian Booß
<http://h-und-g.info/>

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

KONTAKT + ÖFFNUNGSZEITEN

Tel 030 55 77 93 51
Fax 030 55 77 93 40
E-Mail info@uokg.de
Internet: <https://www.uokg.de/verein/beratungsstellen/>
Montag bis Mittwoch 10.00–16.00 Uhr
Donnerstag und Freitag 10.00–14.00 Uhr

Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz
(DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
Persönliche Termine nach Absprache
E-Mail: kurtz@uokg.de

Psychosoziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail: kuhn@uokg.de / maltusch@uokg.de

Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben: Leider dürfen wir ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligungserklärung die Namen der Spender nicht mehr veröffentlichen. Hintergrund ist die Datenschutz-Grundverordnung für Vereine: „In aller Regel können Vereine nur durch ihre Spender und Förderer existieren. Zu den personenbezogenen Daten dieser Spender und Förderer gehören etwa der Name, die Adresse sowie die Bankverbindung. Diese Daten dürfen ausschließlich erhoben werden, um die Spenden abwickeln zu können. Jedwede freiwillige Angabe bedarf – wie auch bei den freiwilligen Angaben der Vereinsmitglieder – einer Einwilligungserklärung“ (<https://www.psw-consulting.de/blog/die-datenschutzgrundverordnung-fuer-vereine/>)

Zitat

„Je höher das Bedürfnis eines politischen Systems nach innerer Sicherheit ist, erst recht, wenn es sich im Kampf um das politische Überleben befindet, desto größer sind die Einschränkungen an persönlicher und politischer Freiheit für seine Bürger. Es besteht deshalb in jeder Gesellschaft ein systemimmanenter Zusammenhang zwischen politisch motiviertem Sicherheitsbedürfnis und der Einschränkung persönlicher und politischer Freiheiten. Besonders ausgeprägt finden sich diese Merkmale in einer Diktatur.“
Henning Pietzsch: Der „Weiße Kreis“ in Jena – Beispiel für den Wandel der Protestformen Ausreisewilliger in den siebziger und achtziger Jahren. In: Leonore Ansorg, Bernd Gehrke, Thomas Klein, Danuta Kneipp (Hrsg.): „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989). Böhlau, Köln 2009, S.291.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:

Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 7/24: 06. September 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 8/24: 11. Oktober 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

